

# Antifaz

Antifaschistische Zeitung

30. Januar -

60 Jahre danach



HEFT 39

JAN / FEB 93

7. JAHRGANG

DM 2,50



---

**In diesem Heft:**

Einleitung	S. 3
Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus	S. 4
Parteienvereinbarung zur Asylrechtsänderung	S. 6
"Die Mütter weinen nicht mehr in Kurdistan"	S. 8
Hizbullah, Teil I	S.11
Auschwitzausstellung im Bochumer Stadtarchiv	S.15
Mölnn-mehr als ein Anschlag auf Asylbewerber??	S.17
"Lummer und Lemmer" in Recklinghausen	S.19
Multikultur und/oder Internationalismus	S.22
Impressum	S.25
Krieg auf dem Balkan, Teil II	S.26
Kriegsschauplätze, Rache an Frauen	S.27
25. November-Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen	S.33
Wanderschaft nach Südost	S.35
Nicht für die Schule lernen wir...	S.38
Neonazi-Prozeß in Stuttgart	S.40
Brief aus Leipzig	S.42
Ankündigungen	S.44

---

**Verkaufsstellen:**
**Dortmund:**

- Geschichtswerkstatt
- Anti-Atom-Büro
- Checoolala
- Cafe Samowar
- Tarantababu-Buchladen
- Litfaß-Buchladen
- Infoladen Oesterholzstr.

**Herne:**

- Sonne
- Schnickschnack
- Informationstentrum 3. Welt

**Hamburg:**

- "Schwarzmarkt"
- (Kleiner Schäferkamp 46)

**Recklinghausen**

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken
- Grünes Büro

**Bochum:**

- "Notstand" im Uni-Antiquariat
- Infoladen Düppelstr.

**ANZEIGE**

**Strassencafé**



**Samowar**  
Cafe

Tel. 0231/104816 Sa.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4600 Dortmund 1

**Münster:**

- Frauenstr. 24
- Versteck
- Asta der Universität

**Marl**

- Bücherladen

**Herten**

- Büchereule

**Duisburg**

- Buchhandlung "Weltbühne"

**Marburg:**

- Buchladen "Roter Stern"

**Witten:**

- Dritte Welt- und Buchladen
  - (Wideystr. 56)
-



# EINLEITUNG

"**Es wird Zeit**" hieß es im Demonstrationsaufruf am 14. November in Bonn - und zwischen ein- und zweihunderttausend Menschen hofften vermutlich ernstlich, daß noch Zeit sei, die herrschende Allianz von faschistischen Gewaltaktionen und großer Koalition von CDU und SPD aufzuhalten - ein Irrtum.

Am 21. und 22. November setzten die Faschisten mit den Morden von Berlin und Mölln ihre Fakten - und am 7. Dezember schafften dann CDU, FDP und SPD, wie geplant, das Grundrecht auf Asyl ab (wir dokumentieren die entsprechende "Vereinbarung" im Originaltext).

Es ist eine Tatsache: Die Demo am 14.11. hat diese Änderung nicht mehr aufhalten können, und auch die Lichterketten von mehr als 1 Million Menschen, wenn auch gut gemeint, konnten die bisherigen Morde nicht verhindern, zwar ging während der besinnlichen Tage die Zahl der faschistischen Brandanschläge zurück, aber sicher nicht wegen der Weihnachtsrührseligkeit der Faschisten, sondern weil sie mit dem Beschluß vom 7.12. ein wichtiges Etappenziel **erreicht** haben.

Mit dem Hintergrund dieser Entwicklung beschäftigt sich auch der Leitartikel in dieser Ausgabe, **Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus**.

Die Lichterketten in München und Hamburg, in Dresden und Essen, sie sind zwar Ausdruck der großen Betroffenheit, die breite Bevölkerungskreise ergriffen hat, sie sind aber auch Zeichen der weitgehenden Lähmung und politischen Orientierungslosigkeit. Zwar wollen viele nicht mehr "den Parteien" das Feld überlassen - das "Schweigen" beeindruckt die Herrschenden aber schon gar nicht.

Umso wichtiger wird die möglichst breite Information über weitergehende politische Aktion, und da gibt es einiges Erwähnenswerte zu berichten.

In der Vorbereitung des **60. Jahrestags der Machtübertragung an die Nazis** finden in zahlreichen Städten Veranstaltungen und Demonstrationen statt, in NRW wird am 30.1. eine landesweite Demo in **Düsseldorf** durchgeführt.

Wir setzen in dieser Ausgabe unsere Schwerpunktberichterstattung über Kurdistan ("Die kurdischen Mütter weinen nicht mehr") und "Jugoslawien" (Teil II einer Serie und Bericht und Hintergrund zu den Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina) fort.

Thea A. Struchtemeier berichtet über **Kinderprostitution in Südostasien**, dies Thema war auch Schwerpunkt des **Internationalen Aktionstags von Frauen/Lesben gegen Gewalt gegen Frauen** am 25. November.

Weiter berichten wir über den nun schon seit dem 5. Februar 1991 in Stuttgart laufenden Prozeß gegen 21 führende Neonazis.

Erfreulich die Berichte von erfolgreichen Störaktionen gegen **Lummer** (CDU-Rechtsaußen) und **Lemmer** (Manager der Fascho-Band "Störkraft") in Recklinghausen.

Erfreulich auch das Echo auf die sehr gute Ausstellung über das **Konzentrationslager Auschwitz**, die während mehrerer Wochen in Bochum zu sehen war, Christian Kruska berichtet.

Kann sein, daß in letzter Sekunde noch einiges dazukam, was hier nicht erwähnt ist - dann laßt Euch überraschen.

Ansonsten - und das versprechen wir - wird die AntifaZ auch 1993 erscheinen, mit immer mehr Unterstützung, mit neuen MitarbeiterInnen, mit neuen Themen und endlich - ab der Märzausgabe auch mit neuer Technik.

All unsern LeserInnen und UnterstützerInnen, allen Antifaschisten und Antifaschistinnen ein gutes neues Jahr,



## GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UND RASSISMUS

**Die Zustimmung der SPD zu der Verschärfung der Asyl-Gesetze ist erreicht. Nun können von Seiten der in unserem Land herrschenden Kreise durchaus Anweisungen an ihre Mord- und Totschlagtruppen von REP bis zu FAP-Nazis ergehen, bei der mörderischen Abschreckung ausländischer Bürger doch mal kürzer zu treten.**

Die Abkommen auf europäischer Ebene und die jetzt in der BRD gefundene "Lösung" führen dazu, daß Flüchtlinge nur noch aus der Luft unser Land erreichen können, um dann einen Antrag auf politisches Asyl zu stellen, der in der Regel auch noch abgelehnt und in Zukunft mit schneller Abschiebung beantwortet wird. Die Fluchtursachen sind damit in keiner Weise beseitigt, die Flüchtlinge werden nur in andere Länder gelenkt werden, denen die Bundesrepublik dann mit ein paar Mark über ihre finanziellen Probleme hinweghilft.

Solange der Weltmarkt - diktiert von den internationalen Konzernen - den armen und ärmsten Ländern die Preise für ihre Roh- und Halbfertigprodukte diktiert, die eigenen Produkte dabei ständig verteuert, solange werden 3/4 der Menschheit immer weiter verelenden, und ein immer größerer Teil dieser Menschen wird sich verzweifelt aufmachen, ein Land zu erreichen, in dem das Überleben möglich ist. Oft wird ja gesagt: alles schön und gut, aber wenn die armen Länder solche korrupten Regierungen, Kapitalisten und Großgrundbesitzer haben, dann sind diese Länder ja wie Schwämme. Das Geld versickert doch.

Auch das stimmt oft. Doch gerade diejenigen, die sich in diesen Ländern gegen diese Regierungen wehren, werden allzuoft ermordet, gefoltert und interniert. Wenn solche Menschen es dann doch schaffen, in ein sicheres Land zu fliehen, dann sollten sie unsere größte Unterstützung finden und nicht in einem staatlichen bürokratischen Abschiebungsverfahren zurück in Elend und Tod geschickt werden.

Die vielen Proteste der vergangenen Wochen gegen Nazis und Gewalt dürfen nicht dabei stehenbleiben, zu fordern, daß mit

dem Prügeln und Ermorden ausländischer Menschen aufgehört wird, um dann ohnmächtig zuzusehen, wie die Flüchtlinge in Massen wieder abgeschoben werden, ganz friedlich, ganz legal!

Unser Land kann noch viele Menschen aufnehmen, wenn wir das nur ernsthaft wollen.

Wir werden das allerdings nicht erreichen, wenn wir die Konzerne und die Regierung - die große Koalitionspartei SPD eingeschlossen - so weitermachen lassen wie bisher.

Solange der Wert des Menschen ausschließlich nach seiner Verwertbarkeit für die Profitproduktion bemessen wird, solange wird es immer den Druck auf die nicht benutzbaren Gruppen der Bevölkerung geben. Wer benutzbar ist, bestimmt sich allein danach, wen der Arbeitsmarkt zu welchem Preis haben will; da fallen viele unten durch, die wir aus der Nachbarschaft und Verwandtschaft kennen:

- \* der fünfzigjährige Schlosser mit der lahmen linken Hand, arbeitslos;
- \* die Rentnerin, die nicht mal ihre Sozialwohnung bezahlen kann;
- \* der Alkoholiker ohne Wohnung, dessen Story sich zu Anfang ganz wie unsere anhört;
- \* der Jugendliche ohne Berufsausbildung und ohne Zukunft;
- \* die vielen geistig und körperlich anderweitig behinderten Frauen und Männer, die irgendwo verwahrt werden;
- \* Asylbewerber mit Arbeitsverbot, aber Arbeitsstelle für 6,- DM bei einem guten Bürger;
- \* Frauen, die mit ihren Kindern vor der Männergewalt fliehen.

Wenn wir das wollen, können wir diese Aufzählung beliebig verlängern, und jede und jeder kennt aus den Betrieben die Dis-

### **Farbe bekennen - gerade jetzt!**



kussion über die Benutzbarkeit und den Wert bestimmter KollegInnen.

Diejenigen, die sich die von uns geschaffenen Werte aneignen, die bestimmen auch, wie sich die Steuern verteilen, ob Wohnungen gebaut werden oder nicht, usw.

Klar, daß die Reichen bei über 650.000.000.000,- DM überschüssigem Geld keine 12 MRD für die Versorgung der Flüchtlinge aufbringen, das müssen schon wir abhängig Beschäftigten mit unserem "freien Vermögen" tun.

Wir dürfen ihnen das nicht durchgehen lassen, ihr Geld kommt aus der Arbeit von KollegInnen vieler Länder und aus dem ungerechten Welthandel.

Die Jugoslawin und der Roma finden ihretwegen dort wie hier weder Arbeit noch Brot. Laßt sie uns menschenwürdig unterbringen und an der Überwindung des Kapitalismus arbeiten.

- Die Naziorganisationen müssen verboten und Verbrecher entsprechend bestraft werden;
- wir müssen uns den ausländerfeindlichen Übergriffen entgegenstellen;
- Arbeitsplätze für deutsche und ausländische Menschen;
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus;
- Unterbringung von Flüchtlingen aus Not und Gefahr in kleinen Einheiten;
- volle Sozialhilfe in Geld für Ausländer und Deutsche;
- ausreichende psychische und soziale Betreuung für Flüchtlinge;
- gemeinsamer Kampf gegen Nationalismus und Rassismus!

**DIE RECHTE HETZE ZEIGT**

**AUF DEN FALSCHEN FEIND !**

(aus: Bergarbeiter-Info, extra-Ausgabe 1/93)

#### ANZEIGE



# Deniz

---



## Druck & Verlag

Wilfried Str. 10  
Tel: 0203 / 40 85 01

4100 Duisburg 11  
Fax: 0203 / 40 69 16

**Offsetdruck**

**Werbedruck**

**Schnelldruck**

**Klebeschriften**

**Endlosformulare**

**Hochzeitskarten**

Aus der Türkei \*\*\*\*\* Aus Türkei-Kurdistan \*\*\*\*\* Aus der BRD

## Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

**2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)**

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- internationale Solidarität
- und vieles mehr...

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnementbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

**Zu bestellen bei:**  
**DIDF**  
**Jägerstr. 77**  
**4100 Duisburg II**



# PARTEIENVEREINBARUNG

## ZUR ÄNDERUNG DES ASYLRECHTS

- I.1 Die Fraktionen stimmen überein, daß
- die Zuwanderung nach Deutschland begrenzt und gesteuert werden muß sowie
  - der Mißbrauch des Asylrechts verhindert und der Schutz tatsächlich politisch Verfolgter gewährleistet werden müssen.
2. Damit soll zugleich ein versöhnendes Signal gesetzt werden, denn Deutschland ist ein weltoffenes Land, und das soll so bleiben.
3. Wie jeder andere Staat muß auch Deutschland Zuwanderung steuern und begrenzen können. Ohne eine solche Möglichkeit werden Ängste und Unsicherheiten verstärkt, die für den inneren Frieden schädlich sind.
4. Wir brauchen aber auch ein System von Hilfen, das Fluchtursachen bekämpft und den Menschen ein Verbleiben in ihrer Heimat ermöglicht.
5. Wir wollen eine gemeinsame europäische Politik, die Fluchtursachen bekämpft und Asyl und Zuwanderung regelt(...).

### Vereinbart werden:

1. Es wird gesetzlich ein Status für Kriegs-/Bürgerkriegsflüchtlinge festgelegt (analog zur Genfer Konvention).
2. Die Aufnahme erfolgt inhaltlich (Krieg oder Bürgerkrieg) bedingt und zeitlich befristet, mit der Möglichkeit der Bildung von Aufnahmekontingenten.
3. Die Aufnahme erfolgt unter auflösenden Bedingungen (s. Ziff. 2).
4. Die Herkunftsgebiete legt der BMI im Einvernehmen mit den Innenministern der Länder fest.
5. Die Verteilung aufgenommener Flüchtlinge vor Krieg/Bürgerkrieg auf die Länder wird nach dem geltenden Verfahren unter Anrechnung schon aufgenommener Flüchtlinge vorgenommen.
6. Während der nach Ziff. 2 erfolgten Aufnahme kann ein Asylantrag nicht gestellt werden. Danach wird ein entsprechender Antrag behandelt wie ein Asylfolgeantrag.
7. Über Fragen der Aufteilung der sich daraus (Ziff. 1-6) ergebenden finanziellen Konsequenzen im Sinne einer Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird ein Einvernehmen im Zuge der Beratungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen angestrebt.

### II. Asylrecht

Art. 16 Abs. 2 GG wird gestrichen. Folgender Art. 16a GG wird eingefügt:

Art. 16a GG

- 1.) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
  - 2.) Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der GK (Genfer Konvention) und der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, auf die die Voraussetzungen von Satz 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In diesen Fällen können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
  - 3.) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß in diesen Staaten politische Verfolgung oder unmenschliche oder erniedrigende Befrafung oder Behandlung nicht stattfindet. Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt, es sei denn, er trägt Gründe vor, aus denen sich ergibt, daß er entgegen der Vermutung in Satz 1 politisch verfolgt wird.
  - 4.) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen. Gleiches gilt für aufenthaltsbeendende Maßnahmen in anderen Fällen offensichtlicher Unbegründetheit. Insofern kann der Prüfungsumfang eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.
- Zu der Formulierung des Art. 16a sind sich die Fraktionen über folgende ergänzende Vereinbarungen einig:**
1. Es besteht Einigkeit darüber, daß nach heutiger Sachlage (u.a.) für Polen, die



CSFR, Österreich und die Schweiz die Feststellung gilt, daß sie sichere Drittstaaten sind. Um nicht einzelne Länder durch die Feststellung als verfolgungssicherer Drittstaat mit den Auswirkungen von Wanderungsbewegungen insbesondere aus Osteuropa unverhältnismäßig zu belasten, tritt die Bundesrepublik Deutschland für eine europäische Lastenverteilung ein. Sie wird im Vorgriff auf eine solche Regelung unverzüglich mit Polen und der CSFR Gespräche aufnehmen (...).

2. Sonstige offensichtlich unbegründete Asylanträge im Sinne des Abs. 4 Satz 2 liegen insbesondere vor bei schweren Straftaten und der Verletzung von Mitwirkungspflichten im Verfahren.

**Folgeanträge** Es besteht Einigkeit darin, daß die mißbräuchliche Stellung von Asylfolgeanträgen weiter einzudämmen ist (...).

#### **Altfälle**

1. Anhängige Verfahren werden grundsätzlich nach dem neuen Recht weitergeführt. Es erfolgt eine entsprechende Klarstellung im Gesetz (...).

#### **Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen**

(...) Im Asylverfahren entscheiden Verwaltungsrichter, die überwiegend mit Asylverfahren befaßt sind und für deren Tätigkeit auch zusätzliche Anreize geschaffen werden können. Die ZASTen und die für Asylverfahren zuständigen Gerichte sollen in enger räumlicher Nähe angesiedelt sein. In beschleunigten Verfahren über offensichtlich unbegründete Fälle wird die Prüfung der asyl- und ausländerrechtlichen Fragen und Bleibegründe in der Hand des Bundes zusammengefaßt, soweit ein Asylbewerber nicht berechtigt die ZAST oder die Gemeinschaftsunterkunft verlassen hat.

#### **Gesetz über die Regelung des Mindestunterhaltes von Asylbewerbern**

Mindestunterhalt während des Asylverfahrens wird gesetzlich eigenständig geregelt mit dem Ziel, daß

- eine deutliche Absenkung der bisherigen Leistung erfolgt.

- bei Aufenthalt in zentralen Anlaufstellen oder Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich Sachleistungen gewährt werden.

- bei Aufenthalt außerhalb von zentralen Anlaufstellen/Gemeinschaftsunterkünften

ten ein Vorrang für Sachleistungen gilt (...).

#### **Fragen der Einbürgerung und sonstige Fragen der Zuwanderung Staatsangehörigkeitsrecht**

1. Die Einbürgerung von Ausländern soll gegenüber der bestehenden Rechtslage weiter erleichtert werden (...).

#### **Zuwanderungsregelung**

Die Fraktionen stimmen darin überein, daß die Möglichkeiten einer Regelung zu Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung auf nationaler Ebene geprüft und Verhandlungen hierzu auf europäischer Ebene fortgesetzt werden (...).

#### **ANZEIGE**

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
 Hattinger Straße 188 4630 Bochum I  
 Tel. 0234/450590  
 Fax: 0234/452268

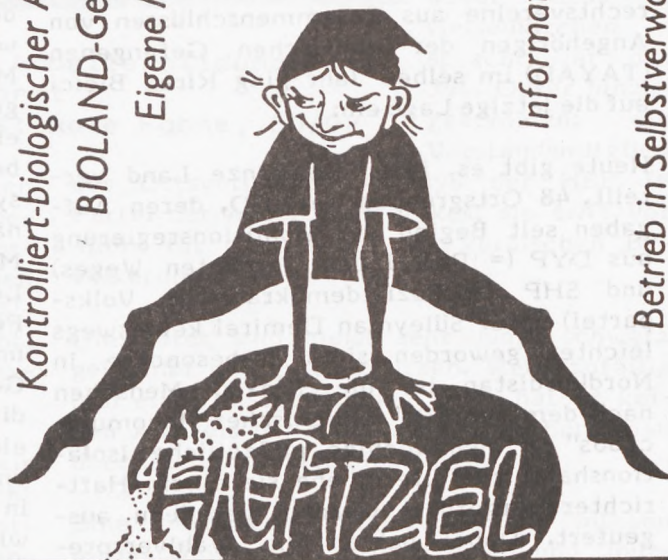
Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00 Uhr, 15.00 - 18.00 Uhr



## «DIE MÜTTER WEINEN NICHT MEHR IN KURDISTAN...»

Bericht über den Umgang mit den Menschenrechten  
in der Türkei und in Nordkurdistan

Gut 80 Besucherinnen und Besucher, davon mehr als die Hälfte türkischer und kurdischer Nationalität, waren am 03.12.1992 ins Arbeiterbildungszentrum Gelsenkirchen-Horst (Koststr. 8) zu einer Veranstaltung gekommen, zu der der Bundesvorstand von DİDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in Deutschland), die Frauenrechtsorganisation "Terre des Femmes" (Gruppe Bochum) sowie die MLPD-Bezirksleitung Ruhr-Westfalen eingeladen hatten. Nach einem Einleitungsreferat des Rechtsanwalts Roland Meister, in dem dieser insbesondere die massive Unterstützung des türkischen Staates mit Waffen durch den deutschen Staat hervorhob und als Mittäterschaft an den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei anprangerte, sowie einer kurzen Stellungnahme einer Vertreterin von "Terre des Femmes" zur besonderen Unterdrückung der Frauen in der Türkei (seien diese nun türkischer, kurdischer, armenischer, tscherkessischer oder sonst einer Nationalität) sowie zur Unterschlagung der besonderen Entrechtung von Frauen bei den Auseinandersetzungen um das Menschenrecht auf Asyl hierzulande kam Kiraz Biçici, Mitglied des Vorstandes des Menschenrechtsvereins (İHD) Istanbul, zu Wort, um über die Behandlung der Menschenrechte in der Türkei und über die Geschichte und Arbeit der Menschenrechtsvereine dort zu berichten. Sämtliche Beiträge sowie die abschließende Resolution wurden (durch einen Vertreter von DİDF) jeweils von der einen in die andere Sprache übersetzt.

Nach einem kurzen Überblick über die dramatische Entwicklung seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 in der Türkei und der Entstehung der Menschenrechtsvereine aus Zusammenschlüssen von Angehörigen der politischen Gefangenen (TAYAD) im selben Jahr ging Kiraz Biçici auf die jetzige Lage ein:

Heute gibt es, über das ganze Land verteilt, 48 Ortsgruppen des İHD, deren Aufgaben seit Beginn der Koalitionsregierung aus DYP (= Partei des Gerechten Weges) und SHP (= Sozialdemokratische Volkspartei) unter Süleyman Demirel keineswegs leichter geworden sind. Insbesondere in Nordkurdistan ist die Praxis, Menschen nach dem "Vorbild" chilenischer "Incomunicados" (= mehrwöchige polizeiliche Isolationshaft) zu foltern, ehe sie einem Haftrichter vorgeführt werden, geradezu ausgefert. Dabei hatten die Wahlversprechungen ganz anders ausgesehen (Abschaf-

fung der Folter, "gläserne Polizeiwachen" usw.). Insbesondere nach dem Blutbad anlässlich des offiziell sogar gestatteten kurdischen Newrozfestes vom 21.03.1992, bei dem mindestens 94 Menschen umgebracht worden waren, hat sich die Zahl der durch Maßnahmen der Sicherheitskräfte zu Tode gekommenen Personen stark erhöht. Kiraz erinnerte kurz an die auch in Deutschland bekannt gemachten Ereignisse bis hin zur systematischen Zerstörung der Stadt Şırnak im August 1992. Die Zahl der durch Maßnahmen der "Sicherheitskräfte" ums Leben gekommenen oder "verschwundenen" Personen geht im türkischen "Südosten" (= unter Ausnahmezustandsrecht gestelltes Gebiet von Nordkurdistan) inzwischen in die Tausende und läßt sich vielfach nicht einmal mehr statistisch dokumentieren, und Tränen sind als Ausdruck der Trauer in Kurdistan inzwischen "verbraucht", oder wie Kiraz es ausdrückte: "Die Mütter weinen nicht mehr in Kurdistan." Sie stehen



hinter dem Freiheitskampf, um dessentwillen ihre Kinder ihr Leben haben lassen müssen.

Gerade in Nordkurdistan hat das Regime zahlreiche Ortsgruppen des İHD und andere Menschenrechtsorganisationen verboten, um lästige Beobachterinnen und Beobachter loszuwerden. Eines der jüngsten Beispiele (gleich nach dem Stelldichein des deutschen Außenministers Kinkel bei der türkischen Regierung, der gegenüber er im Namen des deutschen Volkes für den faschistischen Mordanschlag in Mölln Abbitte leistete und mit der er ein gemeinsames Vorgehen gegen "Terroristen" abstimmt) ist das Verbot von Özgür Der (eines anderen Menschenrechtsvereins) in Istanbul; und auch die deutsche Polizei sah sich sofort gehalten, auf entsprechende Initiative seitens des bayrischen Landeskriminalamtes hin Geschäftsräume des Informationszentrums für freie Völker

in Köln zu durchsuchen. Allein im Westen der Türkei sind in diesem Jahr (1992) bereits 36 Menschen in Polizeihaft verstorben, in 12 Fällen fehlt von den Leichen jede Spur. Aber auch in den anderen Fällen wagt es ein Arzt in aller Regel nicht, im Totenschein die tatsächliche Todesursache anzugeben.

Angesichts einer derart skandalösen Praxis erfolgen heute Festnahmen häufig nicht mehr durch die Polizei; vielmehr wird etwa ein Arbeiter von einem "Kollegen" abgeholt oder ein Arzt zu einem "Patienten" bestellt und verschwindet dann, häufig auf

Nimmerwiedersehen. "Es bedarf keiner Polizeiwachen mehr, um Menschen zu ermorden", sagte Kiraz in Anspielung auf Demirels "gläserne Polizeiwachen". Wenn etwa 20 Tage nach einem derart erfolgten Verschwinden der Name auf einer offiziellen Polizeiliste auftaucht, sind die Angehörigen zumeist erleichtert, denn das ist ein Hinweis darauf, daß der/die Betreffende



**Kiraz Biçici im Arbeiterbildungsheim Gelsenkirchen-Horst**

Foto aus: Rote Fahne, 50/92

die Folterung lebend überstanden hat. Auf offener Straße erschossen wurden 1992 allein in der Westtürkei 53 Menschen, in Kurdistan weit über tausend. Hinzu kommt das Überhandnehmen der "Täter-unbekannt-Morde", bei denen seitens der Fahndungsbehörden nicht einmal der Versuch gemacht wird, Spuren zu sichern, ja Augenzeugen sogar systematisch eingeschüchert werden. Laut offiziellen Angaben für 1992 bis Anfang Dezember betrug die Zahl 343, am Tage, bevor Kiraz in Gelsenkirchen sprach, war das 344. Opfer hinzugekommen: ein Vorstandsmitglied

des Ortsverbandes Antalya der HEP (= Partei der Arbeit des Volkes; sie tritt vor allem für die Rechte der kurdischen Bevölkerung ein).

Die Täter sind meist sehr jung, schwarz gekleidet und gute Schützen. Wenn zufällig mal einer festgenommen wird, hat er keinen Ausweis bei sich, und später hört man über sein Verbleiben nichts mehr.

Eine besondere Staatsrepression müssen mittlerweile die Journalistinnen und Journalisten in Kauf nehmen, die in Nordkurdistan recherchieren, so z.B. auch ausländi-



sche. In einem Gespräch mit Vertretern des IPI (= Internationaler Journalistenverband) hatten Regierungsvertreter noch zugesichert, daß es keine Morde an Pressevertretern mehr geben werde. Kurz zuvor war ein deutscher Journalist des Freiburger Senders Radio Dreyecksland (Stefan Waldberg) in Kurdistan "verschwunden". (Inzwischen ist bekannt geworden, daß er in Diyarbakır vor Gericht gestellt werden soll: Interviews mit kurdischen Guerilleros werden ihm als Agententätigkeit für die PKK angelastet.)

Ausführlich berichtete Kiraz über den etwa einen Monat nach diesem Gespräch in Diyarbakır in aller Öffentlichkeit verübten Mord an dem (1955 geborenen) GERÇEK-Redakteur Namık Tarancı, der als 12. Journalist seit dem Regierungswechsel erschossen wurde. Trotz Beschreibung des Täters und Nennung des Zulassungskennzeichens des von diesem benutzten Kraftfahrzeugs zeigte sich die Polizei äußerst desinteressiert. Drei Zeugen, die in unmittelbarer Nähe jeweils einen Laden betrieben (ein Bäcker, ein Metzger und ein Friseur), hatten den Täter genau und übereinstimmend beschrieben, konnten sich aber nach Vernehmung durch die Polizei plötzlich nicht mehr daran erinnern, überhaupt etwas gesehen zu haben. Auch die Bestattung wurde der Familie "aus der Hand genommen". Sie erfolgte noch am selben Tag, wobei auf dem Friedhof mehr Polizisten als Trauergäste vorhanden waren. 3 Studentinnen wurden dort festgenommen und erst Tage später freigelassen. Kiraz, die in Diyarbakır für die Sektion Istanbul des İHD Nachforschungen anstellte, sah sich einem besonderen Haß von Polizisten ausgesetzt, die intensiv ihren Schal musterten, da bei den darauf gestickten Blumen die Farben Rot, Gelb und Grün (kurdische Nationalfarben) verwendet worden waren.

Neben der Ermordung von Presseangehörigen wurden unter der DYP/SHP-Regierung bereits 90 Zeitschriften und Zeitungen und 16 Bücher verboten. (Angesichts dessen klingt die Erklärung des türkischen Bildungsministers, daß in der Türkei keine Bücher verbrannt würden, wie blanker Hohn.) Vielfach bleibt man aber auch unter der Verbotschwelle und belegt Verlage oder Zeitungshändler einfach mit unbezahlbaren "Ordnungsstrafen" und läßt dann deren Ausrüstung pfänden.

Ein besonders abscheuliches Kapitel in der türkischen Foltergeschichte sind die schon zur Alltäglichkeit gewordenen Vergewalti-

gungen oppositioneller Frauen und Mädchen in der Polizeihaft. Solche Übergriffe auf das Geschlecht finden aber noch häufiger gegen kurdische Zivilistinnen statt. Selbst tote Guerillakämpferinnen blieben von Soldaten der türkischen Armee nicht verschont. So ist z.B. bekannt geworden, daß Soldaten an toten PKK-Kämpferinnen sexuelle Handlungen vorgenommen hatten, was nach den Vorschriften des Koran als Todsünde gilt. Kommentar des darauf angesprochenen Ministerpräsidenten Demirel dazu: "Was soll man machen? Es sind 22- bis 23jährige Männer; die können sich nicht beherrschen."

Es ist viel, was der İHD leistet, aber immer noch zu wenig, um Folter und Unterdrückung außer Kraft zu setzen; weil die offizielle Presse die meisten Greuelthaten verschweigt, leisten die Mitglieder des İHD unendlich wertvolle Arbeit bei der Nachforschung nach Verschwundenen, in Öffentlichkeits- und Dokumentationsarbeit sowie als Zeitzeugen. Daß die Arbeit des İHD zumindest als störend angesehen wird, dafür spricht auch eine Äußerung des nach seiner Meinung über den İHD öffentlich befragten Chefs der Istanbul Sicherheitspolizei: "Demnächst könnt ihr die im Leichenschauhaus wiederfinden."

In einer abschließenden Resolution forderten die bei der Veranstaltung in Gelsenkirchen Anwesenden einstimmig: "Sofortige Beendigung der Waffenlieferungen an die türkische Regierung! Sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen in Deutschland! (...) Hoch die internationale Solidarität!"

KD/TS

## ANZEIGE

**CILA**  
CAFÉ IM LANGEN AUGUST

MO-FR 10-22 Uhr  
SA/SO 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22/Nordmarkt  
46 Dortmund I · Telefon 83 01 47



لا اله الا الله

Hizbullah

Um des Glaubens der Hizbullah willen mußten bereits viele Menschen, deren Metier der Umgang mit Texten ist, "dran glauben". Ihre Methoden sind unterschiedlich: mal sind es Briefbomben, mal ist es die Erschießung auf offener Straße. Einem ihrer jüngsten Opfer haben die Verfechter eines Gottesstaates auf türkischem Boden nicht verzeihen können, daß er sie als "Hanswürste des Islam" bezeichnet hatte. Es war der 74jährige kurdische Intellektuelle und Redakteur der Tageszeitung ÖZGÜR GÜNDEM, Musa Anter. Inzwischen haben sie ein neues Opfer gefunden: den Mann, der Recherchen über den Mord an Musa Anter angestellt hatte und dabei fündig geworden war und der auch das Interview zwischen einem Vertreter der Hizbullah und der Zeitschrift GERÇEK organisiert hatte: Namık Tarancı. Und wieder einmal drückt die türkische Polizei beide Augen zu; auch Zeugen, die das "Sokak Cinayeti" (= Hinrichtung auf offener Straße) zufällig gesehen und zunächst eine detaillierte Beschreibung des Täters abgegeben hatten, konnten sich nach der polizeilichen Vernehmung an nichts mehr erinnern. Der Täter selbst aber macht offen und ungeniert Shake-Hands mit der Polizei. Ja, der Leichnam seines Opfers wird von der Polizei sofort beschlagnahmt und in aller Eile, noch am Tag der Ermordung, unter die Erde gebracht. Selbst der Witwe und den Kindern wird der Zugang zum blutverschmierten Sarg verweigert. Mitgliedern des Menschenrechtsvereins (İHD) Istanbul, die nach dem Verbot der Menschenrechtsvereine in Türkei-Kurdistan im fernen Diyarbakır dem Fall nachzugehen versuchen, wird wegen ihrer Aufklärungsarbeit bei den auch im Westen der Türkei überhandnehmenden "Täter-unbekannt-Morden" von dem Chef der Istanbuler Polizei in aller Öffentlichkeit selbst mit Mord gedroht. Die Redaktionsräume von GERÇEK werden durchsucht, einer ihrer Redakteure in Istanbul in Haft genommen. Namık Tarancı ist der zwölfte Journalist, der im Jahre 1992 das Opfer eines Mordanschlages wurde. Der trotz seiner verbalen Attacken gegen den türkischen Staat von diesem hofierte Klerikalfaschismus in der Türkei verdient unsere Aufmerksamkeit. Im folgenden nun der Artikel und auszugsweise erste Teil des von ihm vorbereiteten Interviews mit der Organisation, der offensichtlich sein Mörder angehört:



Niemand dürfe sich über ihren Glauben lustig machen. Dafür hätten sie keinerlei Verständnis. Wie sie von sich selbst behaupten, führen sie im Osten und Südosten der Türkei gegen die PKK und im Westen gegen **Devrimci Sol** (= Revolutionäre Linke)\* einen Kampf, den sie nicht gewollt hätten.

Der Name "Hizbullah" sei im Kampf entstanden, und sie müßten ihn akzeptieren. "Hizbullah" bedeute "die zu Gott (Allah) unterwegs sind" oder "Anhänger Gottes".

Sie behaupten auch, sie seien eine vollkommen illegale Organisation und nur die Buchläden, die sie gehabt hätten, seien legal gewesen, die Buchläden "**İlim**" (= Wissenschaft)\*. Aber nachdem sie den Kampf gegen die PKK aufgenommen hätten, hätten sie die Buchläden geschlossen. Danach hätten sie alle ihre Mitglieder in den Untergrund abgezogen. Sich selbst bezeichnen sie nunmehr als Stadtguerilla.

Die Bezeichnung "**Hizbi-Kontra**" (= Kontra-Clique)\* versetzt sie in Wut. Sie bestreiten, mit der Republik Türkei Beziehungen zu unterhalten. Zugleich aber geben sie zu, daß es in den staatlichen Organen Moslems gibt, die Achtung vor der Hizbullah haben.

Über (die ermordeten Intellektuellen)\* **Musa Anter\*\***, **Turan Dursun\*\*\*** und **Bahriye Üçok\*\*\*\*** sagen sie: "Wir haben sie bestraft." Das seien Heuchler gewesen.

Sie seien bestraft worden, weil sie trotz wiederholter Warnungen nicht aufgehört hätten, sich über ihren Glauben lustig zu machen.

Sie bezeichnen den türkischen Staat als Junta-Regime, sie wollen angeblich dem türkischen Staat seine laizistische und demokratische Maske vom Gesicht reißen und seine Beziehungen zu den Imperialisten aufdecken. Zu diesem Zweck bereiten sie sich auf einen umfassenden Kampf gegen den türkischen Staat vor.

Ihr Hauptziel sei der allgemeine Aufstand ("**Kıyam**", ein Wort, bei dem das Wort "Kıyamet" = "Jüngster Tag" anklingt)\*. Sie wollen auf gar keinen Fall eine Terrororganisation sein. Sie hätten genügend Mittel und Kader, um gegen die Türkei zu kämpfen, und seien auf diesen Kampf vorbereitet.

In dieser Welt "leiden" und sterben sie für die Befreiung. Gott habe den Glauben in ihre Herzen geschrieben und unterstütze sie mit dem Heiligen Geist. Sie erwarte ein ewiges Leben im Paradies, wo in den Flüssen Gold fließe. Sie seien mit Gott, und Gott sei mit ihnen zufrieden.

So sieht sich die Hizbullah. Gegenüber den Ungläubigen sind sie von erbarmungsloser Härte. Nach ihrem Glauben gibt es auf der Welt nur zwei Wege: entweder "unterwegs zu Gott" (Hizbullah) oder "unterwegs zum Satan" (Hizbuşeytan).

In Kurdistan lautet ihre Parole: "**Biji Rızgariye Islamiye Gelan!**" Das heißt: "Es lebe die islamische Befreiung der Völker!"

Im Westen der Türkei organisieren sie sich an den Universitäten. In der letzten Zeit wurde viel über die Hizbullah diskutiert. Man fragte, ob sie überhaupt existiere.

Nach drei Monaten Recherche konnten wir an sie herankommen und mit ihr ein Interview machen. Bedingung war, daß die Personen, der Ort und der Zeitpunkt geheim blieben. Das war auch nicht so wichtig. Wichtig war, daß wir mit Vertretern dieser Organisation ein Interview machen konnten bzw. durften. Derjenige, der mit uns dieses Interview machte (F.), berichtete völlig emotionslos über den Kampf gegen die PKK und über die von ihnen als Bestrafung bezeichnete Ermordung von Musa Anter, Turan Dursun und Bahriye Üçok sowie über die Organisierung der Hizbullah und deren Ziele. Ort und Zeit des Interviews waren von der Hizbullah bestimmt worden. F. demonstrierte bei jeder Gelegenheit, wie gut er politisch im Bilde war.

(Hier nun unsere Fragen und die Antworten von F. darauf:)



**Namık Tarancı**



## VERHÄLTNIS ZUR ÖFFENTLICHKEIT

**Warum hat die Hizbullah bis heute keine öffentliche Erklärung abgeben müssen, wohl aber heute?**

"Über die Hizbullah ist allgemein viel geredet worden. Wir sind eine junge Organisation. Diesmal wollen wir selbst über uns sprechen. Wir glauben, daß Sie das Interview, ohne es zu fälschen, veröffentlichen werden."

**Es wird darüber gestritten, ob Sie als Organisation existieren oder nicht. Manche behaupten, daß die Hizbullah sehr wohl existiere, andere bestreiten dies. Existiert tatsächlich eine Organisation, die ihre Kader aufbaut und den bewaffneten Kampf zum Ziel hat?**

"Nicht wir möchten uns bekannt machen, und wir brauchen dies auch nicht. Was wir machen wollen und was wir vorhaben, ist in unserem Kopf ganz klar. Im Zweifel sind doch Sie. Außerdem sind wir nur eine unter mehreren Gruppen. Außer uns gibt es noch etwa zehn islamische Gruppen. Als wir mit unseren Kadern die Beziehungen zu unserem Volk verbessern wollten, sind wir gezwungen worden, einen Kampf zu führen, den wir nicht gewollt haben. Wir wollen nur den Aufstand, die Revolution, erleben. Darauf bereiten wir uns vor. Zu sagen, wo wir genau stehen, dazu zwingen wollen doch Sie uns. Aber das ist unwichtig. Wer gegen die Hizbullah kämpft, merkt schon, wo sie steht. Heute besteht unser Ziel darin, die Kräfte zu schaffen, die den Aufstand machen werden. Früher haben wir beispielsweise an den Universitäten nur studiert. Jetzt aber legen wir unseren Standpunkt dar. Bis vor einem Jahr war die **Orta-Doğu Teknik Üniversitesi** (= Technische Universität des Nahen Ostens in Ankara)\* ein Tummelplatz für linke Gruppierungen. Jetzt aber machen wir ihnen das Feld streitig. In einigen Universitäten, so auch in Istanbul, haben wir heftig gegen Devrimci Sol gekämpft und sie von der Universität vertrieben. Wir sind dort in der Übermacht. Um diese Verhältnisse auch auf die übrigen Bereiche außerhalb der Universitäten auszudehnen, dazu ist es noch zu früh. Das jetzt zu versuchen, wäre unrealistisch. In der gegenwärtigen Phase sind wir nicht dafür, Gewalt anzuwenden. Wir setzen uns vielmehr dafür ein, die Menschen aufzuklären und zu überzeugen. Wenn sich uns jedoch Kräfte in den Weg stellen und versuchen, uns von unserem Ziel abzubringen, dann

sind unsere Kader dafür zuständig, sie zu beseitigen. Wer sie sind, spielt dabei keine Rolle."



Bahriye Üçok

## ZU KURDISTAN

**Wie ist Ihre Position zu Kurdistan? Akzeptieren Sie die Existenz und das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes? Und dazu den Befreiungskampf?**

"Wir als Moslems sind klerikalistisch. Wir respektieren jede Rasse, Nation, Kultur und Konfession. Unter unserem Dach gibt es Türken, Kurden, Aseri, Araber usw. Selbst ein Amerikaner oder Grieche kann Anhänger unserer Organisation sein. Um unser Ziel zu erreichen, können wir mit ihnen bis zu bestimmten Schritten gemeinsam kämpfen."

Wir akzeptieren die Existenz des kurdischen Volkes. Und wir wissen, daß das kurdische Volk unterdrückt wird, von Imperialisten in Teile zerlegt worden ist. Wir sind für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Aber dieser Kampf darf nicht nationalistisch oder rassistisch sein. Nach unserer Meinung gibt es keinen nur auf eine Nation gerichteten Kampf. Wir treten



ein für den generellen Kampf der Menschheit.

Unser Ziel besteht darin, wie es im Buch Gottes steht, solange zu kämpfen, bis es auf der Welt keine Verführer mehr gibt, und alles wieder so herzustellen, wie es Gott bestimmt und befohlen hat. Das bedeutet: Kurdistan zu befreien, ist nicht UNSER Ziel."

**Das heißt: Sie zielen nicht darauf ab, Kurdistan zu befreien?**

"Selbstverständlich nicht."

**Wenn die Bedingungen entsprechend wären, würden Sie dafür kämpfen, ein Gebiet zu befreien?**

"Natürlich kann ein Gebiet als Stützpunkt genutzt werden. Aber das hängt nicht davon ab, welchen Nationalitäten oder Konfessionen die dort lebenden Menschen angehören. Wir sind gegen Nationalstaaten. (...) Aber bestimmte Gebiete können befreit und als Stützpunkte genutzt werden. Der Rassismus bringt der Menschheit nichts. Das heißt der Glaube: 'Du bist von der einen Rasse und ich von einer anderen: Wir haben kein Vertrauen zueinander.' Wir haben hingegen gemeinsame Berührungspunkte. Selbst wenn wir an Verschiedenes glauben, sind wir trotzdem Menschen. Wir sind Brüder und Schwestern. (...) Es stört uns, daß in diesem Land ein paar steinreiche Bourgeois auf dem Rücken der Armen leben. Das ist doch ein Rassismus der

Reichen. (...)

Wenn wir Kurdistan befreien würden, was hätten wir dann erreicht? Aber man kann folgendes machen: die Leiden der Kurden zum Ausdruck bringen, die Rechte der Kurden verteidigen. Aber das ist etwas anderes, als einen kurdischen Staat anzustreben."

**Kann man für die Existenz der Kurden kämpfen?**

"Die Existenz der Kurden kann niemand leugnen. Wir kämpfen gegen die, die sie leugnen. Wenn wir die Rechte der Unterdrückten verteidigen, verteidigen wir auch deren Existenz. Das heißt: Das Problem ist nicht nur die Existenz, sondern besteht generell."

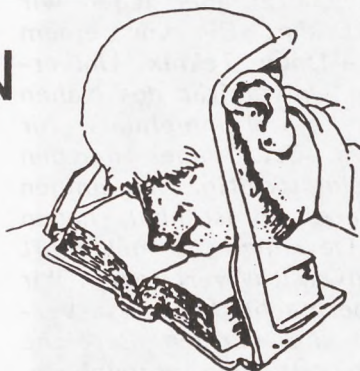
#### VERHÄLTNIS ZUM STAAT

**Wie beurteilen Sie die Republik Türkei?**

"Die Republik Türkei ist brutal. Sie besteht aus einigen Schmarotzern, die über die Junta die Türkei regieren. Die Republik Türkei ist ein Satellit des Westens. Man kann sie nicht ganz genau definieren. Sie ist weder demokratisch noch rassistisch und auch nicht laizistisch. Diese beiden Prinzipien (Demokratie und Laizismus)\* sind ihre heiligen Prinzipien. Wir greifen sie an, weil wir ihr diese Maske vom Gesicht reißen wollen. Diese beiden Begriffe haben den Menschen große Katastrophen beschert." (wird fortgesetzt)

#### Anzeige

## BUCHLADEN TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •  
KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE •  
POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER • MÄNNER • GROSSES  
ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00  
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



## Die Auschwitz-Ausstellung im Bochumer Stadtarchiv

Die Evangelische Stadtakademie Bochum hat, in Zusammenarbeit mit der Stadt Bochum, die Ausstellung "Auschwitz, das Verbrechen gegen die Menschheit" in das Stadtarchiv Bochum geholt. Angesichts der immer weiter um sich greifenden rechtsextremen Übergriffe auf Asylbewerber, Behinderte, Obdachlose und Linke, wollten die Veranstalter ein Signal gegen den Terror von Rechts setzen. Daß eine solche Ausstellung nicht ohne Antwort aus der rechten Szene bleiben konnte, war den Veranstaltern wohl klar, und so ging in der dritten Dezemberwoche ein Schreiben ein, daß ankündigte in den Räumen des Archivs eine Bombe zu zün-

lager Auschwitz wurde in die UN-Liste des Welterbes aufgenommen. Die Ausstellung gilt als eine der wissenschaftlichsten ihrer Art. Sie wurde zusammengestellt vom "Polnischen Nationalmuseum Auschwitz". Sie ging in den vergangenen Jahren desöfteren auf Reisen in andere Länder, so wurde sie z.B. in den USA in insgesamt 39 Städten ausgestellt. Studentten der Universität Bochum hatten die Ausstellung fachlich betreut. Sie waren zur Vorbereitung der Ausstellung nach Auschwitz gefahren, um dann in der Ausstellung ihr Wissen an Schulklassen und interessierte Gruppen in einer lokalerem Gesprächsrunde weiterzugeben.

Zitate von Hitler, Himmler (SS), Höß (Lagerkommandant) u. a., geben einen Überblick vor welchem rassistischen Hintergrund Auschwitz existieren konnte, und versuchen, dem Betrachter das Unbegreifliche zu erklären.

Der erste Transport von Häftlingen nach Auschwitz fand am 14. Juni 1940 statt. Es wurden 728 polnische politische Häftlinge eingeliefert. Auschwitz I wurde für die Pläne des deutschen Wahns jedoch nach kurzem zu klein, daher wurde Auschwitz Birkenau, nur unweit von Auschwitz I errichtet, es bot Platz für 200.000 Häftlinge. Ein drittes Lager entstand in der Nähe der IG Farben,

dem todsicheren Konglomerat aus Bayer, Höchst, Böhlinger.

Jüdische MitbürgerInnen wurden in den deutschbesetzten Ländern Europas durch Plakate darüber informiert, daß sie sich zu einer "Umsiedlung" in den Osten bereit halten sollen. Die Juden sollten in dem Glauben gelassen werden, daß für sie im Osten ein neuer Staat geschaffen worden sei, in dem sie leben sollten. Das erklärt die Unmengen an persönlichen Gegenständen, wertvollem Besitz, aber auch Werkzeuge, wie chirurgisches Bestecke ja sogar Nähmaschinen, die nach der Befreiung gefunden wurden. Doch statt ein



Gefundene Koffer, mit den Namen der Besitzer

den. Tags darauf wurden die Sicherheitskräfte verstärkt und Besucher schon an der Tür durchsucht.

Die Ausstellung wurde anlässlich des Gedenkens an den 27. Januar 1945, dem Jahrestag der Befreiung des Todeslagers Auschwitz-Birkenau, durch russische Truppen, zusammengestellt und 1985 vom damals amtierenden UN-Generalsekretär Perez de Quelia eröffnet. Das Konzentrations-

Die Ausstellung besteht aus über 90 riesigen Fotos. In einer Vitrine findet man persönliche Gegenstände von Inhaftierten, wie Schuhe, Brillengestelle, Essbestecke usw. Aus Menschenhaar gewebte Decken dokumentieren die Perversion der SS-Schergen. Jedoch beschränkt sich die Ausstellung nicht auf das Lager als solches, sondern es wird als ein Bestandteil der faschistischen Großmachtpolitik dargestellt. Zahlreiche

neues Leben in einem neuen Staat zu beginnen, mußten die Juden bei Ankunft in Auschwitz ihr Hab und Gut auf dem Bahnsteig liegen lassen und einzeln an einem SS-Arzt vorbeigehen, der entschied, ob jemand arbeitstauglich war, oder ob er zum "Entlausen" mußte, was den sicheren Tod bedeutete. Die Logistik der vollständigen "Verwertung" von Inhaftierten war perfekt. Zahngold wurde von Zahnärzten aus den Mündern der



Toten gerissen, in Barren zusammengeschnitten und in das Sanitätshauptamt gebracht. In plombierten Zähnen sollen "Edelsteine von ungeheurem Wert" gefunden worden sein, so der Kommandat von Auschwitz,

## Die Mörder sind noch unter uns

Rudolf Höß. Uhren wurden ebenfalls gesammelt und in das KZ Sachsenhausen geliefert und dort in der eigenen Uhrmacherwerkstatt sortiert bzw. repariert und an die Front geliefert. Das Geld, das die Aufseher bei ihren Opfern in Kleidern, Koffern und Taschen fanden, wurde gesammelt und in Lastwagen zum Wirtschaftsverwaltungshauptamt nach Berlin gebracht, und von dort in die Schweiz transferiert.

Die Zwanzig Prozent der Gefangenen, die bei der ersten Sichtung als arbeitsfähig bewertet wurden, mußten entweder im KZ selbst arbeiten, oder sie wurden von der SS an mehr als 150 Industrieunternehmen, für maximal 4 Reichsmark pro Arbeitstag, ausgeliehen. Die Arbeitszeit betrug elf Stunden, wobei die Zeit der Anfahrt zum "Arbeitsplatz" noch hinzukam. Die Häftlinge, die im KZ arbeiteten, mußten u.a. die Leichen aus den Gaskammern holen und sie zu den Krematorien schaffen, um sie dort zu verbrennen. Oftmals reichten die Kapazitäten der Öfen nicht aus, so daß unter freiem Himmel verbrannt werden mußte.

Viele Gefangene machten über das, was sie erlebten Zeichnungen, Skizzen, und verfassten Gedichte, um das Grauen der Nachwelt in Erinnerung zu halten. Sie versteckten ihre Zeichnungen in der Asche der Verbrannten, so wurde z.B. erst 1980 eine Thermoskanne mit einem Brief eines griechischen Juden bei einem der Krematorien gefunden.

Die Inhaftierten ließen sich jedoch nicht ganz ohne Widerstand mit ihrem sicheren Tod abfinden, es gab, wenn auch nur vereinzelt, Widerstand gegen die Unterdrücker. So schmuggelten vier jüdische Mädchen Sprengstoff in das Lager, mit dem das vierte Krematorium ganz und das

zweite zum Teil gesprengt wurde. Drei SS-Schergen wurden bei dem Anschlag getötet.

Dieses Verhalten der Häftlinge gegen ihre Aufseher konnte natürlich nicht ungesühnt bleiben. Eine Aufstellung über die Bestrafung der verschiedenen Delikte belegt die Härte, mit der die Aufseher gegen die Gefangenen vorgehen. Die Strafen variierten zwischen Schlägen, 10 Sonntage Schwerarbeit und Strafstehen.

Bei dem Strafstehen standen vier Gefangene mehrere Nächte lang in einer 90 x 90 cm großen Zelle.

Zu einem der perversesten Kapitel, wenn es in KZs überhaupt noch Steigerungen von pervers gibt, dann sind es die Versuche Joseph Mengeles und Carl Claubergs, beide mißbrauchen die Häftlinge für pseudowissenschaftliche Menschenversuche. Mengele experimentierte an Zwillingen und Behinderten. Clauberg versuchte sich an der Sterilisation von Frauen. An den Häftlingen wurden neue Präparate, Gifte und die Schädlichkeit von Röntgenstrahlen erprobt, chirurgische Eingriffe machten viele der Ausgesuchten zu körperlichen wie psychischen Krüppeln.

Man schätzt, daß in Europa dem Naziterror 19.211.000 Menschen zum Opfer fielen, darunter Sinti, Roma, Linke, Juden, britische und russische Kriegsgefangene.

Die Ausstellung sollte einen Überblick über das vermitteln, was in Auschwitz geschah, daß solche Ausstellungen immer wieder notwendig sind, beweist nicht nur der wieder aufkeimende Fremdenhass.

Schmerzlich vermißen mußte jedoch der Besucher, den Hinweis auf den heutigen Zustand der Gedenkstätte Auschwitz. Schon im September letzten Jahres machte das NDR Magazin Panorama, auf den drohenden Verfall Auschwitz aufmerksam, und leitete sofort eine Spendenaktion ein, bei der "nur" 750.000 DM zusammenkamen. Auch der Spiegel widmete sich in seiner letzten 92er-Ausgabe dem Verfall Auschwitz. Erst nachdem der internationale Druck auf Deutschland anwuchs und nicht mehr überhörbar war, erklärte Bonn sich bereit, bis 1996 insgesamt zehn Millionen Mark auf das Konto der Gedenkstätte zu überweisen, so der SPIEGEL wei-

ter. Die tatsächliche Summe, die zu Rettung Auschwitz gebraucht wird, beläuft sich jedoch auf 70 Millionen DM. Das Internationale-Auschwitz-Komitee fordert, daß der größte Teil der aufzubringenden Summe, von den Nachfolgefirmen der IG-Farben geleistet werden soll.

Die Aktualität von Auschwitz reicht bis in die heutige Zeit. Erst am 21. Dezember letzten Jahres, meldete die Frankfurter Rundschau, daß dem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS und Auschwitz Wärter Anton Bless (67), die US-Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, weil er bei dessen Beantragung 1964 verheimlichte, daß er Mitglied der Waffen-SS war. Bless ist daraufhin wieder nach Deutschland geflohen. Die Mörder sind noch immer unter uns.

Mit dieser Ausstellung wollte die Stadt Bochum wohl auch ihr Image aufpolieren, sitzt doch der NPD-Landesvorsitzende von NRW Peter Markert als ehrenamtlicher Arbeitsrichter im Bochumer Arbeitsgericht. Die Gewerkschaft ÖTV hat den rechten Richter wegen Volksverhetzung angezeigt, da dieser ein NPD-Flugblatt unterschrieb, daß das "deutsche Blut" als "besonderen Saft" darstellt, daß sich "gründlich von überliechendem Schleim" unterscheidet. Ferner heißt es in dem Flugblatt: "Wir wollen nicht, daß unsere Enkel und Urenkel als Halbasiaten durch unsere Heimat streifen." Das Landesarbeitsgericht in Hamm hat alle Versuche, diesen Faschisten in Amtsrobe seines Amtes zu entheben, bis jetzt verhindert. Der neue Landesarbeitsminister Franz Müntefering versucht nun auch, den Rechten aus dem Amt zu entfernen. Es stellt sich jedoch die Frage, wer den Landesvorsitzenden der NPD, also ein eigentlich bekannter Mann, als Richter engagierte.

Dies ist wieder einmal ein Beweis dafür, daß Auschwitz und die Politik, die dazu führte, immer noch aktuell sind und daß das Gedenken an die Toten nie enden darf, denn sonst sind wir bald wieder auf dem Weg nach Auschwitz.

CK



## Mölln, mehr als ein Anschlag auf Asylbewerber??

Die viel zu späte Reaktion des "RECHTS"-Staates auf den Terror von Rechts

Im letzten Jahr sind bis zum 27. November, dem Tag des Anschlags von Mölln, vierzehn Menschen von rechten Mördern getötet worden, die Opfer waren mal Linke, mal Obdachlose, oder Asylsuchende, doch erst nachdem Menschen getötet wurden, die "wertvoll" für die Deutschen sind, die Steuern zahlen, wie jeder andere brave Deutsche, da kriegt der Staat den Arsch hoch und bemüht sich mehr oder minder engagiert, die Mörder zu fassen.

Begleitet wurden die Ermittlungen von verlogenen Beileidsbekundungen und Wiedergutmacheversprechen, angefangen von Kanzler Kohl, von Weizsäcker, ja sogar der türkische Ministerpräsident darf sich den deutschen Botschafter vorladen lassen, um ihm eine Protestnote zu geben. Selbst das Flüchtlingskomitee Cap Anamur, bei allen anderen Morden hielt es sich im Hintergrund, nur nach dem Anschlag auf türkische Mitmenschen spendete Anamur drei Millionen Mark zum Wiederaufbau der Häuser. Und die anderen Opfer, die dem deutschen Staat nicht von Nutzen sind, sondern stattdessen ihm "auf der Tasche liegen", die werden mit ihrer Trauer allein gelassen.

Bundesinnenminister Seitzers (CDU) scheint die Gefahr von Rechts vielleicht doch noch realisiert zu haben, oder sollte er nur Angst um sein rechtes Wählerpulikum haben? Den Jahren der Untätigkeit gegen faschistische Gruppierungen, die sich zum teil auch das Mäntelchen einer Partei überstreifen, scheint vorbei. Während der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz (VS) die Republikaner schon seit drei Jahren observiert und aushorcht, der Hamburger VS bereits seit 1990 und der saarländische VS seit Anfang Dezember '92, sah sich Seitzers nun auch bewogen sich in die Reihe der vermeintlichen Retter der Demokratie einzureihen. So befahl er seinen Mannen am 16.12.'92, die Republikaner zu observieren. Ausschlaggebendes Moment waren die Informationen aus NRW. Den Westfalen wurde ein Papier in die Hand gespielt, auf dem

u.a. eine faschistoide Neufassung der Nationalhymne stand. Schönhuber gab sich am Tage, nach Bekanntwerden des Observationsbeschlusses kämpferisch, so zitiert die FR ihn am 17.12.'92, daß diese Maßnahmen an den "Polizeistaat" und an das Ermächtigungsgesetz der Nazis erinnerten, nur, daß man ihm jetzt ein demokratisches Mäntelchen übergestülpt habe, Hitler ließe grüßen, so Schönhuber wörtlich. Doch mit dem Observationsbeschuß nicht genug, Seitzers scheint in wahre Arbeitswut ausgebrochen, gerade so, als habe er erst die Lawine losbrechen lassen, um jetzt mit aller Macht zu versuchen, sie nicht ins Tal gelangen zu lassen. Seit dem 27. November '92 hat er bereits drei rechte Gruppen oder Parteien verboten.

Das Verboten von Parteien hat in dieser Republik schon Tradition, wer erinnert sich nicht an die Verbotsverfügung gegen die KPD? Doch auch vor rechten Parteien machte die Verfügung in der Vergangenheit nicht Halt, so wurde 1983, die von dem 1991 an Aids gestorbenen Michael Kühnen mitgegründete Aktionsfront Nationale Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) verboten. Doch obwohl ein solcher Verbotsbeschuß die Gründung von Nachfolgeorganisationen verbietet, gründete Kühnen die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), eine nur im Untergrund arbeitende Vereinigung, die als Materiallieferant für faschistoide Literatur, Fahnen, Runen und anderem Zeug, ihr Organ nennt sich "Die neue Front" und wird aus den Niederlanden vertrieben. Die GdNF wird nach dem Tod Kühnens von dem Österreicher Gottfried Küssel (33) geführt, der seit Januar in Untersuchungshaft, wegen Wiederbetätigung der NSDAP absitzt. Küssel veröffentlicht aus seiner Zelle heraus, in dem "NS-Kampfruf", dem Parteiorgan der National- Sozialistischen- Deutschen- Arbeiterpartei/ Aufbau-Organisation (NSDAP/ AO) in den USA. Auch so stellt Küssel die Verbindung zu den amerikanischen und den deutsch-österreichischen "Kame-

raden" her. Michael Kühnen gründete im Mai 1989 die Deutsche Alternative (DA), um neben der illegalen und im Untergrund arbeitenden GdNF, einen legalen Flügel seiner Bewegung zu installieren. Die DA hatte, bis zu ihrem Verbot am 10.12.'92, über 1000 Mitglieder, allein 200 in Cottbus. Ihr "Parteiprogramm" hatte starke Ähnlichkeiten mit dem 25 Punkte Plan der NSDAP von 1920. Die Cottbuser Gruppe wurde von Frank Hübner (27) geführt. Hübner, der 1985 von der BRD als "politischer Häftling" von der DDR losgekauft wurde, wurde noch von Kühnen geschult. Eigentlich sollte die DA eine gesamtdeutsche Partei werden, doch nachdem Hübner mehr und mehr die Führung übernahm, sprangen die bayrischen "Kameraden" ab und wandten sich wieder der GdNF zu, darunter auch Küssel. Die FAP hat neben der DA mindestens einer weiteren Partei als Brutkasten gedient, nämlich, der am 22.12.'92 verbotenen Nationalen Offensive (NO). Michael Swierczek (31) wurde im März letzten Jahres aller Ämter enthoben und wie schon Michael Kühnen und seine Leute zwei Jahre zuvor, aus der Partei gedrängt, weil er den Parteibonzen der FAP zu wieder lief. Die NO betätigte sich vorwiegend in den "polnisch besetzten Gebieten", also in Oberschlesien. Sie hatte von einem in Deutschland lebenden Polen ein Haus in der Ortschaft Dzierzkowice (Frauenfeld) gepachtet, Günter Borschütz, Leiter der Aktionen in Oberschlesien, bemühte sich bei der deutschen Minderheit um Anhänger, er wurde am 6.12.'92 von den zuständigen Behörden in Oppeln ausgewiesen, wegen, wie es hieß, Verstoßes gegen das Aufenthaltsrecht und das Stören der öffentlichen Ordnung. Zwischenzeitlich hat sich der Vorsitzende der deutschen Minderheit im Parlament, Heinz Kroll, von den Anwerbeversuchen der NO distanziert, er befürchtet nun Angriffe polnischer Skinheads auf die deutsche Minderheit.



Die Nationale Liste (NL) um ihren Führer Christian Worch aus Hamburg ist wohl eine der buntesten Haufen unter der rechten Sonne. Christian Worch stammt, wie viele der rechten Führer aus dem Dunstkreis Michael Kühnens, ihm schreibt der Verfassungsschutz "organisatorisches und strategisches Geschick" zu. So soll Worch und seine NL neben Verbindungen zum Wilhelmshavener

## Der Nährboden ist bereit...

vener Deutschen-Kameradschaftsbund (DKB) und anderen rechten Gruppen und Grüppchen im gesamten Bundesgebiet, auch Verbindungen nach Schweden haben. Seine Vereinigung konnte im August in Rudolstadt zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß über 2000 Leute mobilisieren, mehr als die Republikaner bei vergleichbaren Aktionen.

Christian Worch werden auch Verbindungen zur Deutschen-Nationalen-Partei in Rudolstadt (Thüringen) nachgesagt. Führer dieser Gruppe ist der Ex-FDJ Funktionär Thomas Dienel, der im Dezember zu zwei Jahren und acht Monaten Haft, wegen Volksverhetzung und der Schädigung des Ansehens Verstorbenen, verurteilt worden, so hat er am 20. Juli 1992 aus Anlaß des Todes Heinz Galinskis, zwei Schweinekopfhälften über die Mauer der jüdischen Synagoge Erfurt geworfen, mit der Aufschrift: "Das Schwein ist endlich tot".

Der Wilhelmshavener Deutsche Kameradschaftsbund (DKB) wurde am 9.12.1992 vom niedersächsischen Innenminister Glokowski (SPD) verboten, bei der anschließenden Hausdurchsuchung wurde Propagandamaterial, Anleitungen zum Umgang mit der Polizei und "Gegenstände" zum Bau von Sprengkörper gefunden. Der DKB, um den Wilhelmshavener Thorsten de Vries, der wegen Gewalttätigkeiten für 16 Monate gesiebt Luft atmen muß, soll sich im Herbst 1991 gegründet haben.

Die FAP ist zur Zeit so gut wie inaktiv, u.a. weil ihr Vorsitzender Friedhelm Busse eine Haftstrafe, wegen Volksverhetzung abbrummen muß. Auf den Bundesgeschäftsführer Glen Görtz wurde am 3. Dezember 1992 ein Anschlag von Angehörigen der Opfer von Mölln verübt, bei dem einer der Bewacher Görtz mit einem Messer im Rücken verletzt wurde. Das Kölner Landgericht verurteilte den Bonner Kreisvorsitzenden der FAP zu 1350 DM Strafe, wegen der Verbreitung von Propagandamaterial.

Das Gründen rechter Kleinstgruppen hat Hochkonjunktur, so wurde am 28. November 1992 in Marl und Haltern bei Hausdurchsuchungen zwei zweiundzwanzigjährige Männer festgenommen, bei ihnen fand man Anleitungen zum Bombenbau und rechtsradikale Schriften. Sie wurden wegen des Verdachtes der Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung und Verstoß gegen das Waffengesetz verhaftet. Sie nannten sich "National Arische Front".

Zwei 17 und 21 Jahre alte Brüder, die sich "I. Werwolf-Jagdeinheit-Senftenberg" nannten wurden wegen des Verdachts des Anschlags auf ein Flüchtlingsheim in Lüdje, Kreis Lippchen festgenommen.

Die bereits "etablierten" Rechtsaußen-Parteien wie Republikaner, DVU und NPD wenden sich von den Neugegründeten und FAP-Ablegern ab, sie wollen sich nicht in einen Topf werfen lassen mit den "Chaoten" (Frey).

Die Republikaner, allen voran ihr Vorsitzender Franz Schönhuber, distanzieren sich zwar, in der Maske des Biedermannes, von den rechtsradikalen Ausschreitungen, doch sie profitieren von den Krawallen und dem dadurch entstehenden faschistoiden Klima in der Republik, so hob Schönhuber den zwischen seiner Partei und der DVU ausgehandelten Waffenstillstand wieder auf. Nun sollen wieder REP und DVU als Gegner bei Wahlen auftreten.

Die Republikaner haben sich zum Siebzigsten ihres Chefs etwas ganz besonderes einfallen lassen, sie wollen ihm eine Telefonkarte in einer 5000er Auflage schenken. Die Deutsche Postreklame GmbH ließ verlauten, daß sie als Monopolist jeden

Auftrag annehmen müße, egal aus welcher politischen Richtung.

Die Jugendorganisation der REPs, die "Republikanische Jugend" wurde auf dem Parteitag Mitte Juni '92 gegründet. Jedoch versucht der REP-Chef Schönhuber seine jungen Kameraden an kurzer Leine zu halten, so müssen sie z.B. Flugblätter vor dem Verteilen erst vom REP-Chef absegnen lassen.

Der für den 5.12.'92 in Ottmarsbocholt angesetzte Parteitag, wurde kurz vorher abgesagt, weil der Wirt der Gaststätte kalte Füße bekam, er befürchtete linke Ausschreitungen gegen die REPs in seinem Lokal.

Die Republikaner konnten bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 10,9 % der Stimmen ihrem Konto gutschreiben, in Berlin erreichten sie 8,9%, zudem sitzen sie noch mit einigen Mandaten im Europaparlament.

Der DVU gaben bei der letzten Bürgerschaftswahl in Bremen 6,2% der Wähler ihre Stimme, in Schleswig-Holstein sitzen sie mit 6,3% im Landtag. Die DVU mußte nach ihrem auch für sie überraschenden Wahlerfolg in Schleswig, um die sechs Mandate zu besetzen, auf zwei Parteimitglieder der NPD zurückgreifen, denn neben dem schon seit der letzten Wahl im Landtag sitzenden

## Mölln schlug durch, bis auf den DAX

Hans Altermann, konnte die "Partei" nur drei weitere Mitglieder aufreiben die sich bereit erklärten, das Mandat zu übernehmen. Die sechs DVUler sollen, einem Bericht der TAZ zufolge, nur auf Anweisungen von Gerhard Frey tätig werden, so sollen Redetexte nicht vorgetragen worden sein, sondern vom Blatt abgelesen. Ferner versucht die DVU-Fraktion den Landtag mit einer Flut von Anträgen lahmzulegen, dies rief bei einigen Parlamentariern die Erinnerung an die Anfangsphase der NSDAP-Bewegung wach.

CK



# "LUMMER UND LEMMER"

Erfolgreiche Störaktionen gegen

braune Propaganda in Recklinghausen

Innerhalb von zwei Wochen kam es zum Jahresende in Recklinghausen zu zwei erfolgreichen antifaschistischen Aktionen. Am 26. November störten etwa 80 Menschen nachhaltig eine Lesung in der Nobelabsteige "Engelsburg", zu der der Recklinghäuser Presseclub gemeinsam mit der Buchhandlung "Winkelmann" den Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer geladen hatten.

Am 4. Dezember verhinderten 350 AntifaschistInnen, die dem Boykottaufruf des Antifaschistischen Bundes (AFB) gefolgt waren, eine "Talk-Show" mit dem (Ex-)Manager der Faschoband "Störkraft", zu der die katholische Kirchengemeinde "Heilig Kreuz" gemeinsam mit dem Recklinghäuser Stadtjugendamt in das Kulturzentrum "Altstadtschmiede" eingeladen hatten.

## Lummer

"Heinrich Lummer freut sich auf Recklinghausen", hieß es in der vom Recklinghäuser CDU-Bundestagsabgeordneten Erich Marschewski, politisch ähnlich weit rechts stehend wie Lummer, lancierten Pressemitteilung.

Aber die Roma-AG, die fantifa und der AFB freuten sich nicht über den Besuch Lummers, und ebensowenig gab es Verständnis dafür, daß der Vorsitzende des Vestischen Presseclubs und Chefredakteur der Recklinghäuser Zeitung, Barschdorf, gemeinsam mit dem Recklinghäuser Verleger Winkelmann (schon öfter durch Einladung zu Lesungen mit Autoren aus der Braunzone wie dem "Ernährungspapst" Bruker ins Gerede gekommen) ausgerechnet einen der schlimmsten Hetzer gegen AusländerInnen, Sinti und Roma und AsylbewerberInnen zum Gespräch einluden.

Sie schienen schon geahnt zu haben, daß es Proteste geben würde, denn noch eine Woche vor der Lesung behauptete Winkelmann auf Nachfrage, die Lesung sei abge sagt.

So war es angesichts der kurzen Zeit, die noch für eine Gegenoffensive blieb, nicht mehr möglich, die Veranstaltung völlig zu verhindern.

Zwar gab es in der Presse kritische Äußerungen und die Forderung, Lummer auszuladen, aber keinen stärkeren Druck im Vorfeld.

Immerhin war es dann durchaus ein Erfolg, daß mit 80 Menschen fast mehr Menschen vor der Recklinghäuser "Engelsburg" protestierten, als "Interessenten" in die Lesung wollten. Auf Flugblättern wurde kurz zusammengefaßt, warum Lummer untragbar ist für ein demokratisches Diskussionsforum:

\* schon anfang der 80er Jahre forderte Lummer die Abschaffung des Asylrechts und stattdessen ein "Aufenthaltsrecht auf Zeit"

\* 1970/71 unterstützt er Faschisten in Berlin finanziell

\* am 7. April 1992 rät er seiner Partei, Koalitionsverhandlungen mit den REPs zu führen, denn für ihn seien die REPs "mindestens so koalitionsfähig wie die Grünen"

\* am 1. Oktober 1992 beleidigt er in einem Schreiben an Ignatz Bubis diesen als "realitätsfernen Moralisten", mit seinem Widerstand gegen eine Änderung des Asylrechts würde er "dem aufkeimenden Rechtsradikalismus Vorschub leisten". Er möge doch, so schrieb er wörtlich, "Asylbewerber-Container im eigenen Garten aufstellen". Und dies ist nur eine kleine Auswahl, die sich beliebig fortsetzen ließe.

Zu Beginn der Lesung versammelten sich dann die "StörerInnen" in dem vorgesehenen Saal und forderten die Verlesung einer Protesterklärung. Hierzu waren die



Veranstalter zwar angesichts der großen Zahl der Lummer-Gegner bereit, nicht aber ein großer Teil der "Gäste" und Lummer-Fans, die zu ihrem überwiegenden Teil - eine ganze Reihe von ihnen waren als alte Nazis namentlich bekannt - den Ewiggestrigen zuzuzählen waren. Sie wollten das Verlesen der Protesterklärung verhindern. Diese wurde schließlich doch verlesen, begleitet von den geifernen Zwischenrufen einiger älterer Herren, die am liebsten "Hand angelegt" hätten.

### Lemmer

"Ring frei" heißt eine Veranstaltungsreihe, die seit einigen Jahren von der Recklinghäuser Kirchengemeinde "Heilig Kreuz" durchgeführt wird. Sie wollen sich mit "heißen Themen" beschäftigen, und das Anliegen der OrganisatorInnen, der "Freitagsgruppe", war angesichts u.a. einer Veranstaltung mit Recklinghäuser AntifaschistInnen vor etwa einem Jahr als durchaus positiv bewertet worden.

Als dem AFB allerdings Einladung und Programm der für den 4. Dezember unter dem Motto "Liberal, Scheißegal, Rechtsradikal" geplanten "Show" bekannt wurden, war es aus mit der Freundschaft!

Neben zwei durchaus akzeptablen Talk-Teilnehmern, WDR-Redakteur Heiner Lichtenstein und Pax-Christi-Mitglied Prof. Dr. Stobbe aus Münster, stand auf dem Einladungszettel:

**Torsten Lemmer, Manager der rechtsgerichteten Rockband "Störkraft", Geschäftsführer der "Freien-Wähler-Gemeinschaft" im Stadtrat von Düsseldorf.**

Wer die Entwicklung gerade in den vergangenen Monaten einigermaßen verfolgt hatte, konnte es eigentlich nicht glauben. Schon das Motto der Talk-Show machte deutlich, wie die Verantwortlichen an die Problematik herabgegangen waren: Der aus dem radikaldemokratischen Widerstand stammende Satz "Legal-illegal-scheißegal" war zur Parole "Liberal, scheißegal, rechtsradikal" geworden, was deutlich die Gleichung linksradikal=rechtsradikal suggeriert.

Noch klarer wurde aber die Denkweise der VeranstalterInnen bei der Verwendung des Begriffs "rechtsgerichtet" für die Gruppe "Störkraft", von dessen Verwendung sie auch während der folgenden Auseinandersetzungen nie abwichen - hierzu später mehr.

Nach Bekanntwerden dieses "Programms" rief der Antifaschistische Bund (AFB) in der örtlichen Presse umgehend zum Boykott dieser Veranstaltung auf, über Telefon wurde breit zum Protest mobilisiert, und die Empörung insbesondere unter Jugendlichen war sehr groß:

Zwischen 300 und 400 Menschen fanden sich schon eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung ein und sperrten durch ihre Anwesenheit den Haupteingang vollständig zu. Die Türen von Seiteneingängen wurden durch in diesem Fall ihren Zweck durchaus erfüllende Fahrradschlösser dichtgemacht - keiner/e kam mehr hinein! Drinnen saßen 20 Leute aus der "Freitagsgruppe" und versuchten, im Kontakt mit 3-4 Zivilpolizisten, die sich (zeitweilig) unter die Demonstrierenden mischen konnten, zu überlegen, wie sie trotz des Protestes ihre Veranstaltung noch "retten" könnten. Ein Mitarbeiter der "Altstadtschmiede" kam auf die glorreiche





Idee zu verkünden, der Störkraft-Manager habe aus Düsseldorf angerufen und habe angesichts des ihm vermeldeten breiten Protests seine Teilnahme abgesagt - man solle also beruhigt nach Hause gehen, die Veranstaltung falle aus!

Dem wurde anfangs auch durchaus geglaubt, die Demonstrierenden überlegten schon, wie man die gelungene Aktion noch mit einer spontanen Demo durch die Recklinghäuser Innenstadt beenden könne, als zwei AFB-Beobachter meldeten, daß Lemmer keine 200 m entfernt im Auto gesichtet worden sei, aber an einer Polizeisperre abgewiesen wurde - man fürchtete offensichtlich für seine Sicherheit, wenn er vor der "Schmiede" aufgelaufen wäre.

Die Stimmung schlug angesichts dieses offensichtlichen "Verarschungs-Versuchs" natürlich um: Nun blieben alle, und es wurde auch schnell klar, daß dieser Versuch der "Schmiede"-Verantwortlichen durchaus einem klaren Konzept entsprach: Umgehend versuchten die anwesenden Zivil-Bullen, einzelne DemonstrantInnen herauszugreifen, völlig ohne jeden Grund, aber mit der schnell erkennbaren Absicht, die vor dem Haupteingang stehenden Ketten zu verunsichern und die weiter hinten postierten Kollegen von der Schupo zur "Amtshilfe" aufzufordern. Diese hatten ihr "Stichwort" ebenfalls verstanden, schon rief ein Polizeisprecher über Megaphon dazu auf, den Eingang doch zu räumen, die Veranstaltung sei ja "abgesagt". Nun, sie hatten nicht mit der Entschlossenheit der AntifaschistInnen gerechnet. Über Mega informierte ein AFB-Sprecher über die geplante Polizei-Taktik und rief dazu auf, daß sich alle Anwesenden in festen Ketten unmittelbar vor dem Haupteingang einfinden sollten, was dann auch hervorragend klappte. Angesichts dieser großen und dichten Menschenmengen schien es dem Polizeieinsatzleiter offensichtlich nicht opportun, eine gewaltsame Räumung durchzusetzen - sie wäre auch sicher nicht so schnell durchgesetzt worden!

Nach einer knappen Stunde war dann klar, daß der Abend gelaufen war - da kam eine weitere Alarmmeldung: Zwei Mädchen, die den Ort schon verlassen hatten, waren auf einem nahegelegenen Parkplatz auf dem Weg zu ihrem Auto von Lemmer und seiner "Security" bedroht und mit einer Gaspistole beschossen worden, konnten aber weglaufen. Umgehend stürmten bald

hundert Leute zum Ort des Geschehens, Lemmer hatte sich natürlich schleunigst aus dem Staub gemacht.

Nachdem alle noch eine Zeitlang abwarteten, ob noch was "passieren" würde, lösten sich die AntifaschistInnen in kleine Gruppen auf und verließen den "Tatort".

Das Wort "Tatort" bekommt tatsächlich noch eine Bedeutung, ließen die Herren von der Polizei doch einem der (ihnen bekannten) AFB-Mitglieder über Weihnachten die Ankündigung eines Ermittlungsverfahrens wegen "Beleidigung von Polizeibeamten" ins Haus flattern - lächerlich!

Erfreulich auch die Reaktion der örtlichen Presse nach der Aktion: Einhelliger Tenor, daß es richtig und sinnvoll war, die Veranstaltung zu boykottieren, einhellig auch die politische Kritik an den VeranstalterInnen: Bei Störkraft und ihren Texten handle es sich nicht um irgendwelche "exotische Jugendkultur", sondern um "Aufrufe zum Mord" und um klare "Straftatbestände". Auch die örtliche SPD-Fraktion war (zum ersten Mal) der gleichen Meinung wie die AntifaschistInnen: Solche Faschisten wie Lemmer läd man nicht zu einem demokratischen Diskussionsforum ein!

Nur die Veranstalter waren unbelehrbar - blind hielten sie daran fest, sie würden mit "links" und "rechts" gleichermaßen sprechen wollen (ob sie die Texte der Gruppe überhaupt jemals zur Kenntnis nahmen?), wer nicht mehr bereit sei zu reden, könne auch nichts verändern, und man wolle trotz des "Drucks der Straße" in Zukunft erneut den Versuch einer ähnlichen Veranstaltung machen. Nur zu!

Inzwischen werden an anderen Orten allerdings andere Maßnahmen gegen Lemmer und Störkraft durchgeführt: In Köln hat die Gruppe Auftrittsverbot, ihre letzte LP "Mann für Mann" wurde indiziert, Lemmer und seine (von den REPs abgespaltene) "Freie Wähler Gemeinschaft" haben Hausverbot im Düsseldorfer Stadtrat.

Klar, daß sie angesichts dieses Widerstands alles versuchen, um demokratische Foren zu bekommen, wo sie, wie im Spiegel-Interview, sich als "geläutert", "mißverstanden" und durch und durch "demokratisch" hinstellen versuchen - ähnlich wie es die "Onkelz" schon seit geraumer Zeit versuchen.

Glaubt ihnen nicht!



## Multikultur und/oder Internationalismus?

Die Kontroverse "Multikultur und /oder Internationalismus" basiert auf einem Vortrag, der im Rahmen der Bochumer Multikulturtagung vom 15.9.-31.10.1992 am 3.10. im Kulturbahnhof Langendreer als kritischer Beitrag des Koordinationskreises der antifaschistischen Bochumer Stadtkonferenz von Thea A. Struchtemeier einer unserer Redaktuerin gehalten wurde. Im Vorfeld der Überlegungen, in einem gemeinsamen Trägerkreis mit dem Deutschen Roten Kreuz, SPD und Moscheen des türkischen Staates einen Beitrag zu den Aktionswochen "gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" zu liefern, konnte so ein Beitrag gegenüber diesen Gruppen - die selbst rassistische Ausgrenzungs- und Abschiebungspolitik betreiben - nur kritisch ausfallen.

Der vorliegende Beitrag wurde von den Zuhörern höchst mißverständlich aufgenommen, teilweise sogar tumultartig kommentiert. Die Hauptkritik entzündete sich in vereinfachender Weise an der bloßen Kritik multikultureller Konzepte seitens der Referentin, die Zitate Heiner Geißlers und Tätigkeiten Daniel Cohn-Bendits wurden von den Zuhörern billigend in Kauf genommen und Kritik daran als "Runtermachen guter Ideen" verstanden. Internationalistische Vorstellungen wurden als "linkes Spießertum" und "Sektierertum" abgetan; die kritische und historische Sichtung multikultureller Ideologien dahingehend abgebügelt, daß für solche müßigen Gedanken "jetzt" keine Zeit wäre und stattdessen die Frage anstehe, was "sofort zu tun ist". Für die Beantwortung dieser Frage warteten die Zuhörer jedoch auf sofortige Anleitungen durch die "Spießler" und "Sektierer", und sie bezeichneten es als ein "Versagen der Linken", daß diese nicht blindlings gewillt schienen, sich dem kritiklosen multikulturellen Gejauchze anzuschließen.

Bestärkt fühlte sich das Publikum darin, daß das Thema "Multikultur" nahezu anschlagerrelevant ist und Teil eines "deutschen Antifaschismus und Widerstandsbewußtseins" sein müsse, weil Faschisten die Eröffnung der Bochumer Multikulturtagung mit einer Bombendrohung zu verhindern suchten.

TEIL 1: Die Deutschen und der Multikulturalismus als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

Am 10.5.1992 fand in Aachen eine Veranstaltung des "Mether"-Ensembles (eine Marschkapelle) statt. Organisiert wurde diese Veranstaltung vom "Türkischen Zentrum", einem Mitgleid des Ausländerbeirates sowie vom Kulturamt der Stadt Aachen. Das "Türkische Zentrum" ist seit den 70er Jahren als Zentrum der "grauen Wölfe" (türkische Faschisten) bekannt. Auf eine Anfrage hin stand Herr Zantes vom Kulturamt Aachen auf dem Standpunkt, daß "Aachen (...) eine multikulturelle Stadt (sei) und somit für jede kulturelle Veranstaltung offen. Außerdem sei es nicht seine Aufgabe, zu überprüfen, ob diese Kapelle un-

ter dem Deckmantel 'kultureller Aktivitäten' faschistische Ideologien verbreitet. Er könne dies ohnehin nicht, da er die türkische Sprache nicht verstehe."<sup>1</sup>

Der nun folgende Beitrag versucht, in die Problematik von "Multikultur" einzuführen und zwar nicht nur von der Seite ihrer Bejahung. Zur Zeit wird "Multikultur" an vielen Orten affirmativ (bejahend) und als Allheilmittel gegen Faschismus abgefeiert. "Multikultur" ist ein beliebtes Modewort geworden, das sich jedoch schon in seiner Sprache an den Energie- und Warenboom einer kapitalistischen Gesellschaft ausrichtet. Vieles ist mittlerweile "multi" - sowohl im Diskurs (Sprache) der Medizin und Pharmazie als auch in der Werbung. Um über den Winter zu kommen oder besser Streß abzubauen benötigen wir Multivitaminpräparate mit der perfektionistischen Note, 'wir haben an alles gedacht' sowie 'außerordentlich wirksam'. "United Colours of Benetton" führt uns gleichsam in die Heile Welt von "Peter Stuyvesant", in der "Multikulturen" von Schwarzen und Weißen, Frauen und Männer "gemeinsam" und "gleichberechtigt" wie an einem runden Tisch friedlich miteinander rauchen - vielleicht sogar in einem "Multikulturrestaurant".

Im Vergleich zu den multikulturellen Projekten in Großbritannien, Schweden oder den Niederlanden zeigt sich, daß die Bundesrepublik noch längst nicht so weit wie ihre Nachbarn ist, sich jedoch auf dem besten Wege befindet, die Fehler, die dort in den 70er und 80er Jahren gemacht wurden, zu wiederholen.

"Multikultur" ist ein "Reiz- und Schlagwort" geworden, das dazu verdammt wurde, die Rettung vor Rassismus zu bringen. Aber: Lieben wir dabei nicht lieber Döner und Bauchtanz, statt die Stalin-, und Mao- oder sonstwas-Bilder auf den antifaschistischen Demonstrationen der türkischen Arbeiterbewegung? Also: Multikultur nur für Gourmets oder Gourmands, nicht aber für wohnungs- und arbeitssuchende MigrantInnen?

Multikulturelle ApologetInnen sehen sich jedoch - angesichts der faschistischen Bombendrohungen in Bochum - in ihrer antirassistischen Tendenz bestätigt, denn: Sie werden von dem faschistischen Pack ernstgenommen, stehen sogar selbst als Opfer dar einer multigrandiosen Idee.

Heutige VertreterInnen des Konzepts "Multikultur" stehen sogar auf dem Standpunkt, daß das Konzept - so wie es gedacht und gleich historisch aufgezeigt wird - nun heute nicht mehr sei.

Jedoch geblieben ist das Wort - nun eine Worthülse? - alternativ auch verwendet als "ethnischer Pluralismus" oder "kultureller Pluralismus". Der Begriff "Interkulturalität" läßt sich schon seltener in der gesichteten Fachliteratur finden, aber auf einer der rangletztten Stellen plaziert sie der "Internationalismus" - wohlweislich dabei von fortschrittlichen Köpfen des Westens darauf hingewiesen, daß man schon rein begrifflich mit "Nationen" nichts mehr zu tun haben wollte, denn man habe schließlich an der deutschen

<sup>1</sup> Tatsachen Nr. 13/1992, S.17



Geschichte sehen können, wohin alles "Nationalistische" führen könne. Multikultur ist weder ein Kampfbegriff noch eine Kampfansage. Deshalb verbindet man mit ihm auch nicht mehr Inhalte wie 'Unterstützung der Befreiungs- und Widerstandsbewegungen der unterdrückten Frauen, Männer und Kinder aus den Ausgebeuteten Ländern des Trikont oder der sogen. Zweiten Welt an allen Orten. Multikultur bedeute schlichtweg sozialarbeiterische Handlungsdienste im System von monokulturellen Herrenmenschen.

#### Multikulturelle Begriffsgeschichte in der Bundesrepublik

Der Begriff der "multikulturellen Gesellschaft" wird von Heiner Geißler bis hin zu Daniel Cohn-Bendit (vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt/M.) propagiert. Er ist in einem Klima entstanden, in dem Kriterium "deutsche Abstammung" - zuweilen mit Nazidokumenten belegt - immer noch Bedeutung besitzt. Bevor jedoch Heiner Geißler dem Begriff zu seiner Popularität verhalf, verwendete ihn schon im Jahre 1974 der deutsche Caritasverband. Danach benutzte ihn die Linke als Kampfbegriff gegen Rechts bis Heiner Geißler 1990 sein Buch "Zugluft-Politik in stürmischer Zeit" veröffentlichte.

Kritische Stimmen meinen daß es die Linke selbst verschuldet habe, daß sich die Rechte und Konservative diesen Begriff aneigneten, denn inhaltlich habe er sich nur auf das Outen von AusländerInnenfeindlichkeit beschränkt, ohne sich um deren Ursache zu kümmern.<sup>1</sup> Hinzu forderten die Multikultur-AnhängerInnen den Multikulturismus von staatlichen Institutionen ein, die noch in einer offensichtlichen Kontinuität von 1933 und darüberhinaus stehen.

Geißler schreibt im "Zugluft-Politik"-Buch (1990). *"Es geht mehr darum, ob wir eine multikulturelle Gesellschaft wollen - wir haben sie bereits. Die Frage ist nicht mehr, ob wir mit Ausländern zusammenleben werden. (...) Für mich ist es dagegen unerträglich, daß in unserem Land Millionen ausländischer Mitbürger mindere Rechte haben als die Deutschen. (...) Die Behauptung die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist durch die Realität längst überholt, wir werden künftig mehr Ausländer bei uns haben. Es gehört zu einer glaubwürdigen Politik, dies dem deutschen Volk auch zu sagen: Wir brauchen Ausländer in beiden deutschen Staaten, um die Zukunft Deutschlands zu sichern."*<sup>2</sup>

Auf den ersten Eindruck erscheinen diese Worte als völlig andere Ton, die man ansonsten von der CDU her gewohnt ist, und manche frohjauchzten schon, einen neuen Bündnispartner gegen "Ausländerfeindschaft" gefunden zu ha-

ben. Jedoch können wir bei den Worten Geißlers davon ausgehen, daß er einem selektiven Multikulturismus das Wort redet, denn allein auf die deutschen PaßbesitzerInnen bezogen schreibt er, wie "wir" mit den "Ausländern"<sup>3</sup> zusammenleben wollen und vergiftet dabei, wie sie mit "uns". Er meint, "wir brauchen" die "Ausländer" für die Zukunftssicherung Deutschlands, denkt dabei auf deren Rücken allein an "unsere" Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit und darüberhinaus nur an "bestimmte" - diejenigen nämlich, die sich dieser Kosten-Nutzen-Analyse unterwerfen. Trotz verschiedener Parteienzugehörigkeit unterscheiden sich seine Worte in nichts von dem, was Daniel Cohn-Bendit als multikulturelle Gesellschaft definiert, der sinngemäß bei RTL aliterierend von sich geben durfte: *"Wir brauchen sowohl den bulgarischen Bauarbeiter als auch die polnische Prostituierte"*<sup>4</sup> und wenn "wir" - bspw. "wir deutschen Mädchen und Frauen" die bspw. "polnischen Prostituierten" nicht "brauchen" - dürfen "wir" dann "ausländer"-feindlich sein?

Multikultur wird bei Geißler vernehmlich, wie er schreibt, als *"Chance zur Regeneration der intellektuellen und ökonomischen Ressourcen des Landes"* gesehen - 'frisches Blut' in ein marode versumpfendes System sowie in eine Dominanzkultur, die damit eine scheinbare Bedrohung ihrer Dominanz abzuwehren versucht.

Ähnliche Selektivität ist ebenso in den Worten manch Grün-Linker zu spüren, die Multikultur als *"ploitische/emanzipatorische Arbeit mit für die Einwanderer"* betrachten, *"sondern für sich, für die deutsche Gesellschaft, die es nötig hat, in Richtung multikultureller Gesellschaft verändert zu werden, für die eingetragenen Ansprüche, die man an eine andere, menschenwürdigere, antirassistische, sozialistische Gesellschaft stellt, in der man selber leben will"*<sup>5</sup>

Auf solche Art besehen versteht sich Multikultur als ein Freizeit- und Erholungspark unserer zubetonierten grauen städtischen Strukturen. so besehen ist Multikultur nicht anderes als die Utopie einer phantasierten Revolution, die man selbst auch nicht mehr zu wagen traut. So besehen hat auch schon die extrem Rechte die Schwachstellen solcher RomantikerInnen hämisch registriert, die sie für sich nutzbar zu machen versucht, wenn sie den "Ausländerexotismus" der "Ideologie der multikulturellen Gesellschaft" kommentiert: *"(Das Projekt der multikulturellen Gesellschaft geht) mit einer exotischen Ausländertümelei einher (...), die mit einer wirklichen Auseinandersetzung mit einer fremden Kultur nichts zu tun hat. (...) Empörend ist, wie für diese Politik eine aus der ganzen Welt herbeigeholten Bevölkerung als Manövriermasse eingesetzt wird, wobei*

<sup>1</sup> Vgl. Klaus Hartung "Die antifaschistische Mehrheit", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1989.

<sup>2</sup> Zit. n. Spiegel 13/1990

<sup>3</sup> Die Verwendung des Begriffs "Ausländer" scheint in letzter Zeit selbst wie eine identitätsstiftende Größe aufgefaßt zu werden unabhängig der vielfältigen Herkunft und erst recht unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit. Cheryl Benard/Edit Schlaffer bemerken dazu: Es mag linguistische Ungenauigkeit sein, wenn das T-Shirt (mit der Aufschrift: 'Ich bin ein Ausländer') sich mit dem Ausländer solidarisiert und mit der AusländerIn nicht, aber politisch ist es umso präziser.", vgl. in: Das Gewissen der Männer 1992, S.13.

<sup>4</sup> Martin Dietzsch gibt den Ausspruch so wieder, daß Cohn-Bendit gesagt habe: "wir brauchen die ausländischen Prostituierte und den ausländischen Müllmann, aber irgendwo müsse doch eine Grenze sein"; vgl. Diss-Journal Nov./Dez., S.3 (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V.)

<sup>5</sup> Anita Kalpaka/Nora Rätzl, 1986, zit. n. Klaus F. Geiger, Gesellschaft ohne Ausländerfeinde oder multikulturelle Gesellschaft, in: Theorien über Rassismus, Hamburg 1989, S.145.



unterstellt werden darf, daß es der Linken durchaus zupaß kommt, wenn diese Bevölkerung Opfer von Ausschreitungen wird, ermöglicht dies doch der Linken, sich in Abgrenzung zum bösen Deutschen (vulgo: Faschist) als 'guter Mensch' mit Solidaritätsgesetzten (Händchenhalten, Umarmungen, präsidiale Betätigung zu gerieren und ihren deutschen Selbsthaß mit einer altchirurgischen Moral zu kaschieren, die sie persönlich nichts kostet".<sup>1</sup>

Zusammengefaßt sind in der Diskussion um die inhaltlichen Bestimmungen des Begriffs "Multikultur" derzeit drei Tendenzen zu erkennen:

> die multikulturelle Gesellschaft als (ehemals) linker Kampfbegriff

> die multikulturelle Gesellschaft als moderner Entwurf christdemokratischer sowie grüner Denker.

> Die multikulturelle Gesellschaft als verträumte Utopie "guter Menschen"<sup>2</sup>

Auch bei der letztgenannten Richtung drückt sich die Dominanzkultur weißer Deutscher aus (s.dazu weiter unter dem Prozeß der Ethnisierung, Identitätszuweisung usw.)

Multikultur setzt ein gleichberechtigtes Zusammenspiel vieler kultureller Identitäten voraus. Es soll jetzt erst einmal zurückgestellt werden, daß hier im Grunde genommen "Kultur" freischwebend von jeder von jeglicher Politik abstrahiert wird. "Kultur" und nicht "Politik" ist das Bindeglied bzw. der Konfliktherd von Einheit oder Auseinandersetzung. Bleiben wie vorerst beim Begriff der "Identität" stehen, so ist davon auszugehen, daß es eine homogene Identität gar nicht gibt, sondern daß Identitäten vielmehr komplex sind, so daß es sich eher um ein Zusammenspiel verschiedener Identifikationen handelt. "Kulturelle Identität", "Kulturkonflikt" sowie auch "Multikultur" sind Topoi (Begriffe) politischer und pädagogischer Diskurse. Der Paternalismus und Kontrollwille der Pädagogik schwingt - gekoppelt an entwicklungspolitische Strategien - immer mit. Multikultur - das gesellschaftliche Zusammenspiel mit MigrantInnen - wird somit zu einem Aufgaben- und Verwaltungsapparat von (größtenteils 'einheimischen') AkademikerInnen, die dabei wie selbstverständlich die Leitungsposten übernehmen (LehrerInnen, SozialwissenschaftlerInnen, SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen).<sup>3</sup> Deren Alltags- und Berufsdenken ist von sozialen "Anpassungsprozessen" bestimmt, in die sie die "Fremden" "hilfreich" einführen wollen. Krankheiten, sogen. Auffälligkeiten

(Devianz) bzw. Abweichungen von unserer Bundesnorm werden mit Begriffen wie "Kulturkonflikt" zu begründen versucht. Minderheiten werden dadurch erst recht "ethnisiert". Als ein Resultat des Individualausdruckes in der Gesellschaft der Bundesrepublik wird es MigrantInnen zugemutet, eine eigene Identität vorzuweisen und ihren Ort in der Gesellschaft immer wieder neu zu bestimmen.<sup>4</sup> Das sture Beharren auf kultureller Identität findet dabei immer in einem Handlungskontext zwischen Überlegenen und Unterlegenen statt und innerhalb dieses Prozesses resultiert sie zwangsläufig entweder aus Anpassungs- oder Selbstverteidigungsdruck heraus. Insofern ist "kulturelle Identität" etwas Stagnierendes und konservativ ausgerichtet. Als stattdessen etwas nach Vorwärts Gerichtetes, als Entwicklungsvorgang kann sie sich in der Vorstellung z.B. Franz Fancons nur dann entwickeln, wenn im gleichen Zuge die Befreiung vom Imperialismus einhergeht, denn andernfalls wird sie unversehens für neue Herrschaftsstrukturen mißbraucht.<sup>5</sup>

So lebt auch die Ideologie des Multikulturalismus gleichsam seinen ihm integrierten Konzept von kultureller Identität von der Interaktion zwischen Diskriminierenden und Diskriminierten. Diese zeigt sich bspw. - auch wenn es ein Zugeständnis an die finanzierende städtische Institution sein mag - an Bezeichnungen wie "multikulturelle Förderungsstelle" oder auch "Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher". Die Diskriminierung derjenigen, die mit Mittel westlicher Kulturarroganz "gefördert" werden müssen, setzt voraus, daß die Kultur der Diskriminierten in unserer Gesellschaft so gut wie nichts zählt und erlaubt denjenigen, die "fördern", einen Schein der Machtteilhabe an der "society's ruling ethnic group" (gesellschaftsbeherrschende Volksgruppe).<sup>6</sup> GönnerInnen von Diskriminierten sind damit quasi MultiplikatorInnen eines Systems, das auf Auslese besteht.

Real betrachtet - so zumindest, wie sich Multikulturalismus im politpädagogischen Bereich zeigt - ist Multikulturalismus nichts anders als ein Herrschaftsmittel zum Zwecke des Krisenmanagements und zwar deshalb, weil der "Assimilatismus" (s. dazu weiter unten) nicht funktionierte.<sup>7</sup> In einem grundsätzlich auf Ausgrenzung basierenden System, das sich in nichts an seine eigene Werte von Solidarität, Gleichheit und Freiheit hält, kann ein kultureller Pluralismus nur als ein Stillhalteabkommen mit den Ausge-

<sup>1</sup> Der Text, aus dem das Zitat genommen wurde, gehört zum Publikationsbestand der äußersten Rechten und muß auch nicht weitergehend zitiert werden. Er ist u.a. nur als ein Kennzeichen dafür zu werten, wie weit sich die Rechte selbst mit multikulturellen Ideen auseinandersetzt und deren Konzepte studiert, übernimmt und sich sogar so weit mit ihnen identifiziert, daß sie selbst "der Linken" gute Ratschläge erteilt. Der Schreiber ist seit 1985 in der Bundesverwaltung tätig und wurde von 1987 bis 1989 zur Rechtsabteilung der UNO, Referat für (Völkerrechts-)Kodifikation, New York, entsandt; Josef Schüßlburner, Deutschlandsfeindlichkeit und Ausländerexotismus, zur Ideologie der Multikulturellen Gesellschaft in: Criticon Nr. 134 Nov/Dez 1992 S.277 und 280

<sup>2</sup> Vgl. a. Wolfgang Hohnstock/Klaus Thörner, United Colours of Germany, in: Blätter des iz3w Nr. 169, November 1990, S.33.

<sup>3</sup> S.a.d. Zitat v. Cuma Yagmur in ID-Asyl Nr. 3/91 bzw. Thea A. Strüchtemeier in Antifaz Nr. 30, S. 31.

<sup>4</sup> Vgl. dazu a. Georg Auerheimer, Kulturelle Identität - ein gegenaufklärerischer Mythos?, in: Das Argument Nr. 172/1989, S. 382 ff.

<sup>5</sup> Franz Fancon: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M 1966.

<sup>6</sup> Vgl. a. Geiger, S 139.

<sup>7</sup> Vgl. a. Andrew Jakubowicz 1987 in Geiger, S.150



grenzen gewertet werden. Kultureller Pluralismus bleibt deshalb solange ein Befriedigungsmittel, solange ein "Recht auf die eingene Kultur" nur Bilingualität (Zweisprachigkeit) und Folklore heißt und die Sphäre der Produktion, d.h. die Interessen der nicht deutschen ArbeiterInnen sowie die Verhältnisse der Geschlechter zueinander ausklammert, die sich nicht auf den simplen Modus "kulturelle Wertkonflikte" reduzieren lassen. In gesellschaftlichen Reservaten bleibt Multikulturalismus beileibe nicht nur isoliert, harmlos und auf Dauer nicht erfolgreich (s. dazu auch die Länderbeispiele Schweden und Niederlande), sondern er trägt auf einer anderen und neuen Ebene mit dazu bei, den grundsätzlichen status quo zu verteidigen. Demnach wird es immer eine unüberbrückbare Kluft zwischen Klassen, Diskriminierenden und Diskriminierten, alteingesessenen Deutschen und mißliebigen Nichtdeutschen geben. Im Grunde genommen ist das Klientel von

Multikultur schon völlig falsch, denn nicht die Flüchtlinge und ArbeiterInnen aus anderen Staaten haben mit ihrer Wahl des Flucht- und Arbeitslandes bewiesen, daß sie nicht zu "Multikultur" befähigt sind. Schon allein deswegen sollten sich die deutschen Klientels hin zu Offenheit und Akzeptanz bemühen sowie Kursanleitungen vermitteln, wie denn dem deutschen Untertanengeist und Beifallsklatschen zu begegnen ist.

Für die Bundesrepublik ist festzustellen, daß Multikulturalismus von nationalistisch-diskriminierenden/ rassistischen und assimilatorischen Motiven geprägt ist, bei denen es sich um eine Kopplung von systemneutralen Ideen sowie Bereicherung der Vorstellungen von einer humanen Gesellschaft handelt - "erzwungen und ermöglicht durch das Faktum Einwanderung".<sup>1</sup>

TAS



### AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AN ALLE ANTIFASCHISTINNEN, AN ALLE AN- TIFASCHISTISCHEN UND REVOLUTIONÄREN ORGANISATIONEN:

Wir, die Frauengruppe von Bolsevik Partisan, schlagen vor, am 6. März eine zentrale internationalistische Demonstration anlässlich des **8. März, des Internationalen Kampftags der Frauen**, zu machen. Das Motto soll sein:

**Internationaler Frauenkampftag gegen Faschismus und Rassismus.**

Kontaktadresse: PLK 106606 C, 8000 München 32

#### **Impressum**

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel: 02361 / 26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel: 02361 / 21 686

Redaktionssitzung:

Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen

BLZ: 426 500 30

Kto.-No.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & Verlag, Duisburg

Mügewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Siegfried H., Wolf-

gang D., Ingrid und Falko W., Christian K.,

Klaus D., Thea A. St., Antje Sch., Wolfgang T.,

Zenel H., Thorsten Th.

#### **In eigener Sache:**

Unsere Redaktion hat seit November **zwei Konten**, weil wir in Zukunft die Rechnungen an unsere KäuferInnen eindeutig von den Rechnungen unserer Anzeigenkunden trennen wollen. Dies sieht dann folgendermaßen aus:

**A Alle AbonnentInnen, Buchläden, etc.** bezahlen in Zukunft auf folgendes Konto:

Klaus Dillmann

Sparkasse Bochum

Kto.Nr.: 414 001 69

BLZ: 430 500 01.

**B Alle Anzeigenkunden** zahlen in Zukunft auf das Konto:

Wolfgang Englisch

Stadtsparkasse Recklinghausen

Kto.Nr.: 1 000 229 38

BLZ: 426 500 30.



## KRIEG AUF DEM BALKAN, TEIL II

Die Lage auf dem Balkan spitzt sich zu. Die Leiden der Bevölkerung werden durch den starken Frost und die Lebensmittelknappheit weiter verschärft.

Der Krieg wird mit brutalsten Mitteln fortgesetzt, Massenvergewaltigungen an bosnischen Frauen und andere Greuel werden zum Alltag - dennoch scheint die Weltöffentlichkeit noch immer nicht zu breiten Protesten bereit.

Wir setzen mit dem heutigen Beitrag unsern historischen Überblick fort, er beleuchtet den Weg vom Ersten Weltkrieg bis 1945, dem Beginn des Sozialismus in Jugoslawien.

Die Zeit während des Ersten Weltkriegs ist vor allem durch den Streit zwischen Serbien und Albanien um den Kosovo bestimmt.

Nach dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn wird am 1.12.1918 das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen verkündet.

11 Jahre nach der Verkündung des Königreichs erschüttert das Land ein erneuter Konflikt, der zwischen den zentralistisch eingestellten Serben und den föderalistisch eingestellten Kroaten entbrennt. Dieser Konflikt endet in einem Militärputsch, durch den König Alexander an die Macht kommt, der eine Militärdiktatur aufbaut. Noch im gleichen Jahr, am 3.10.1929, wird das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen in das Königreich Jugoslawien umgewandelt.

Am 25. März des Jahres 1941 tritt Jugoslawien dem faschistischen Dreimächtebund zwischen Deutschland, Italien und Japan bei.

Zwei Tage später führt die Opposition in Belgrad einen Staatsstreich durch.

Hitler, der seine Interessen auf dem Balkan gefährdet sah, läßt Jugoslawien besetzen. Dies führt zu einem erbitterten Partisanenkampf, in dem deutsche faschistische Truppen gegen jugoslawische Partisanen, Serben gegen Kroaten und Monarchisten gegen Kommunisten kämpfen.

Als Sieger aus diesem Kampf gehen die antifaschistischen Verbände hervor.

Diese PartisanenkämpferInnen bilden auch die erste Nachkriegsregierung am 8.3.1945, die hauptsächlich aus Mitgliedern des "Antifaschistischen Rates" besteht.

Der Hauptorganisator des antifaschistischen Widerstandes war Josip Broz Tito.

Tito wurde 1892 in Kroatien geboren. Er ist Sohn einer Kleinbauernfamilie. Im Ersten Weltkrieg geriet er als österreichischer Soldat in russische Kriegsgefangenschaft. Dort trat er auch in die Rote Armee ein.

Am 29.11.1945 proklamierte dann eine neu gewählte Verfassungsgebende Versammlung die **Föderative Volksrepublik Jugoslawien**.

Jugoslawiens "Weg in den Sozialismus" beginnt.



OB ER NOCHMAL DURCHKOMMT 2



## KRIEGSSCHAUPLÄTZE:

### Rache an Frauen

**"Ja, so eine einmütige und unumstrittene Erklärung ist schon eine Seltenheit im Landtag. Aber es ist eigentlich eine sehr erfreuliche Debatte gewesen, es war ja auch die letzte." (Dieter Saake aus dem Landesstudio Düsseldorf über die gemeinsame Landtagserklärung vom 16.12.92 zu den Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina)**

**Am 16.12.1992 erschien in der taz ein Bild der Agentur Reuter, das eine somalische Frau in einem Pulk wütender Landsmänner zeigt. Ihr Oberkörper ist unbedeckt, weil ihr aufgebrachte Männer die Bluse herunterrissen, in ihrer rechten Hand hält sie ein Messer. Dorothea Hahn übertitelt ihren Kommentar mit den Worten "Jagd auf Frauen".**

Der Name der Frau aus Somalia ist unbekannt - ihr momentaner Aufenthaltsort ebenso. Einmal wurde davon gesprochen, sie befinde sich zu ihrer eigenen "Sicherheit" im Gefängnis, ein anderes Mal hieß es, sie sei längst tot. Die Hetzjagd auf die Frau ging gleich einem Stufenprogramm in einer Personalunion von Männern vor, die sich sonst unter anderen Umständen mit Munition und Dreck beschmeißen.

Zuerst sollen französische Fremdenlegionäre - frustrierte Männer, die weltweit und unterstützt von der französischen Regierung für Geld morden und in der UNO-Besatzungsaktion die ersten Somalis erschossen - die Frau in ihrem Wagen in die Mitte einer Ortschaft gefahren haben. Dort wurde sie von Landsmännern "übernommen", die begannen, in einer Lynchjustiz auf sie einzuprügeln. Daraufhin griff die Frau zu einem in der Nähe liegenden Messer. Letztlich trafen Regierungssoldaten ein, von denen sie (und nicht die prügelnde Meute) abgeführt wurde. Offensichtlich wurde die Frau in den Augen der drei Männerkriegsfraktionen mehrerer "Vergehen" für schuldig befunden. Erstens besaß sie (aufgrund der Besatzung) unfreiwillige Kontakte zu Besatzern. Dort konnte sie aber auf Dauer nicht bleiben, weil sie eine Schwarze war. Zweitens galt sie in den Augen der Landsmänner als Kollaborateurin, wodurch sich irgendwelche Somalis persönlich in ihrem nationalen Männerstolz verletzt fühlten. Als "Prostitu-

ierte" und gefährliche "Aidsträgerin", die eine von außen kommende Gefahr ins Volk trägt, sollte sie gelyncht werden. Für die wachsamten Sittenwächter, die über die Schlüsselgewalt zu Freiheit und Nichtfreiheit verfügen, war die Frau eine Aufrührerin, die Unruhe und Unordnung in das friedliche Marktplatztreiben hineinträgt, das in seinem öffentlichen Erscheinungsbild größtenteils von Männern beherrscht wird.

### Rache an Frauen

Der folgende Teil beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Lynchpolitik an Frauen im ehemaligen Jugoslawien, doch darf nicht übersehen werden, daß überall in der Welt, wo Krieg und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Staaten, Parteien oder Clans den Alltag beherrschen, Frauen mit ihren Körpern als BehERRschungsinstrument in diese ekelhafte Politik mit einbezogen werden.

Weltweit gelten Frauen und Mädchen als Ware allemal, und das nicht nur im Krieg. Während kriegerischer und nichtkriegerischer Auseinandersetzungen verkörpern Frauen und Mädchen symbolisch entweder den tugendhaften und respektablen Staat, die Nation oder ein nie zu wanken habendes Bild unzerstörbarer Familienidylle.

Wankt der Staat, fällt die Nation auseinander oder fallen mißliebige Blicke auf eine Familie, so müssen auch Frauen und



Mädchen "fallen". Mit der Besetzung von Staaten werden gleichermaßen die Frauen und Mädchen "besetzt". Krieg und imperialistische Besetzungen sind damit zu Synonymen für einen Tatbestand geworden, der für Frauen und Mädchen Vergewaltigung heißt.

Die Abfassung des Berichts in der taz vom 16.12.1992 über die Hetzjagd auf die Frau aus Somalia wurde klugerweise einer Journalistin überlassen. Daß zu einem journalistischen Frauenarbeitstag auch das Abfassen solch bestürzender Nachrichten gehört, ist nicht unbedingt ein Garant dafür, daß ein sensibler Umgang mit frauenspezifischen Nachrichten gewährleistet ist, jedoch ein vager Hoffnungsschimmer, daß es zumindest so sein könnte.

Ganz anders ist es aber, wenn sich im Sinne einer demokratischen Gleichstellung männliche Journalisten dazu berufen fühlen, über Gewalt an Frauen und Mädchen zu berichten. In den meisten Fällen erfahren die Opfer von Gewalt mittels Medien und Sprache ein zweites Mal Gewalt. Ein Beispiel dafür ist der eingangs zitierte Ausspruch eines Journalisten aus dem Düsseldorfer Landesstudio des WDR, gegen den die Frauenorganisation Terre des Femmes (Bochum) umgehend protestierte.

Im gesamten Krigesszenario gegen Frauen und Mädchen sind solche Aussprüche keineswegs bloße Ausrutscher, sondern brutale Wahrheiten. Auf ähnliche Weise äußerte kürzlich ein sich sozialistisch nennender "Genosse" sein Erstaunen darüber, daß eine Redakteurin mit dem Schwerpunkt Kurdistan während ihrer Recherchen in kurdischen Gebieten noch nicht vergewaltigt worden war, und fügte seiner Rede hinzu: "Manche Frauen wollen ja vergewaltigt werden".

Öffentlich gemachte Äußerungen wie die des Landesstudio-Redakteurs Saake sind demzufolge Gruppenkonsens vieler Männer. Der Unterschied zwischen den beiden Herren besteht letztlich nur darin, daß der eine von berufswegen Journalist ist und die Macht der Medien besitzt, der andere hingegen (nur) die Stimme des Stammtisches und "des Volkes".

**Die brutale Wahrheit im ehemaligen Jugoslawien** sieht für Frauen und Mädchen so aus, wie die Serbin **Lepa Mladjenovic** (Mitfrau der Belgrader Lesben- und Schwulengruppe "Arkadia") formulierte:

**"Charakteristisch für die Vergewaltigung im Krieg ist, daß sie in der Öffentlichkeit stattfindet,**





auf den Straßen. ein weiteres Charakteristikum sind Gruppenvergewaltigungen: ein Mann berichtete in einer Zeitung, er erinnere sich nur, daß die Frau häßlich, er der zwanzigste und die Frau voller Sperma gewesen sei. Deshalb habe er sie getötet. Das ist die dritte Besonderheit: daß sie zur Tötung der Frau führen." (Die andere Welt 6/92).

Am 15.12.1992 sprach Vera Salic in der Internationalen Kontakt- und Beratungsstelle MONA in Bochum über die an Frauen und Mädchen begangenen Greuelthaten in Bosnien und Kroatien. Vera organisiert gemeinsam mit ihrem Ehemann und einer Freundin humanitäre Hilfsprojekte für Flüchtlinge in den Kampfgebieten. Als unabhängige Gruppe waren sie mehrmals vor Ort, um die Hilfsgüter persönlich abzuliefern. Aus den Worten der Referentin wurde deutlich, wie schwierig es für sie als Frau ist, sich zwischen den einander bekämpfenden Gruppen zu definieren. Hinzu kommt, daß sie einer Partisanenfamilie entstammt, die sowohl serbischen als auch kroatischen Ursprungs ist. Friedfertigkeiten zwischen kroatischen und serbischen Menschen gab es aber auch vor Ausbruch des Kriegs nicht, meinte Vera Salic. Unstimmigkeiten wurden nur verdrängt. Sie erinnert sich, daß Feindbilder auch durch ihre eigene Familie geisterten. So wurde ihr angedeutet, nicht gemeinsam mit ihrem kroatischen Ehemann, "einem Ustascha", die serbische Familie zu besuchen. Umgekehrt schienen Feindbilder über "Cetniks" gleichfalls existiert zu haben.

In kurzen Zügen nahm Vera Salic einen historischen Rückblick auf die Geschichte des ehemaligen Vielvölkerstaates. Vor dem Hintergrund von drei entscheidenden historischen Daten wurden immer mehr serbische Menschen Richtung Norden nach Kroatien gedrängt. Sowohl 1389 als auch im 18. Jahrhundert flohen SerbInnen vor der osmanischen Herrschaft, gegen die sie sich im 18. Jahrhundert erhoben. Nach dem 1. Weltkrieg standen Kroatien und Slowenien mit ihrer Option für die österreichische k.u.k. Monarchie auf der Verliererseite, wogegen Serbien als siegreich dastand. Daraufhin - nach der Gründung

des "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" - wurden die wichtigsten staatstragenden Posten von Serben besetzt.

In einem Interview räumte auch Lepa Mladjenovic ein: "Wahr ist jedoch, daß wir (in Serbien) immer ein privilegiertes Leben hatten, da Belgrad die Hauptstadt war und Serbien immer der größte Staat Jugoslawiens." Lepa erwähnt jedoch, daß in der jetzigen "Situation jede Bevölkerungsgruppe, die anders ist, zum Feind gestempelt wird - wie Kroaten und Albaner, so sind es jetzt noch mehr als früher auch Juden und natürlich auch Homosexuelle." Und ähnlich wie Vera Salic es formulierte, definiert auch Lepa sich nicht als einer bestimmten Nation zugehörig, sondern in ihrem Fall "zuerst als Frau, dann als Lesbe".

Nach und nach lebten vor dem Hintergrund von Vertreibung, Besetzung und Flucht bis zu 12 % SerbInnen in Kroatien. Ausschlaggebend für die militärischen Konflikte sind jedoch keine ethnischen Differenzen gewesen, meinte Vera Salic, auch wenn sie vorher schon unterschwellig bestanden.

Anzeige

KUCHE AUS 1001 NACHT GENIEßEN

# KOKILE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24  
Tel. 666 11  
geöffnet  
Montags bis Sonntags  
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr  
nachts



**Streitigkeiten zwischen den einzelnen Bundesstaaten entstanden zuerst aus wirtschaftlichen Gründen.**

Als Entwicklungsland war Jugoslawien auf Kredite des IWF angewiesen, mit denen es anfangs wirtschaftlich über die Runden kam, sie jedoch nicht mehr zurückzahlen konnte. Daraufhin ging es mit der Wirtschaft immer mehr auf Talfahrt. Kroatien bestritt bis dahin einen großen Teil seiner wirtschaftlichen Einnahmen über den Tourismus. Aufgrund der wirtschaftlichen Konflikte versuchte zuerst Slowenien, sich 1991 von dem Vielvölkerstaat unabhängig zu machen. Ende des Jahres wurde es, zusammen mit Kroatien, - selbstverständlich nicht aus uneigennütigen Gründen - als erste von der deutschen Bundesregierung anerkannt, der kurz darauf der Vatikan folgte. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen erklärte Kro-

ten. Vertreibungen wurden allerdings auch von Kroatien betrieben, es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die über 40 000 in Kroatien lebenden SerbInnen sich gleich nach der Unabhängigkeit gezwungen sahen, Richtung Serbien zu flüchten. Offen bleibt die Frage, warum gerade die moslemischen Frauen und Mädchen aus Bosnien-Herzegowina, das seine nationale Unabhängigkeit im April 1992 erklärte, überfallen werden. Vera Salic meinte - um gar nicht erst die Reizwörter "Kopftuch" und "Tradition" auftauchen zu lassen, daß die moslemischen Frauen keineswegs traditionell islamisch orientiert seien, sondern eher kulturell als Moslems lebten (im übrigen tragen auch "wolgadeutsche" Frauen Kopftücher).

Ein weiteres Stereotyp ist das Bild des vergewaltigenden "Cetniks". **"Die ersten Vergewaltigungen in diesem**

— Von Klaus Böhle/Die Welt —



„Wieviel Ist für Bosnien noch zu erwarten?“

atien die in seinem Landes lebenden SerbInnen zur Minderheit. Die Antwort darauf war die Entsendung der jugoslawischen Volksarmee, die sich auf die Seite von Serbien stellte. Ziel dieser Aktion war allein die "Sicherung von Privilegien", wie Vera Salic meinte. Damit einher ging die rassistische Vertreibung von Moslems, die den Hauptbevölkerungsanteil in Bosnien stell-

**Konflikt wurden von UNO-Soldaten ausgeführt",** sagte Vera Salic, und **"ebenso richteten UNO-Soldaten die ersten Kriegsbordelle in Ostkroatien ein,** in denen Männer aus Schweden und Kolumbien gesichtet wurden".

Trotzdem, im Anschluß daran sperrten serbische Kombattanten Frauen und Mäd-



chen vom Beginn ihrer Gefangenschaft an in spezielle Vergewaltigungslager. Mittlerweile wurden dort über 50.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt, einzelne von ihnen über 1350mal. 30.000 Frauen und Mädchen sind aufgrund dieser Verbrechen schwanger geworden und werden solange in den Lagern gehalten, bis Abtreibungen kaum noch möglich sind. Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen im ehemaligen Jugoslawien sind schon seit einem Jahr bekannt. Doch es wurde immer wieder versucht, diese Nachricht unter Verschluss zu halten. Einer der Hintergründe sind religiös übergreifende Ideologien. Serbien bspw. erhält Militärhilfe von Boris Jelzin, der damit die dort lebenden orthodoxen Christen unterstützt. Der Hauptgrund aber, warum die Nachrichtensperre so gut aufrechterhalten werden konnte, ist die Politik der kroatischen Regierung. Kroatien besitzt eine reine Männerregierung, die zusätzlich ausschließlich katholisch ist. Seit einiger Zeit läuft in Kroatien die Debatte, Schwangerschaftsabbrüche generell zu verbieten. Weil sich die kroatische Männerliga ausschließlich um den "Schutz des ungeborenen Lebens" ernsthafte Gedanken macht, kam der nationale Anerkennungsgruß aus dem römischen Vatikan gerade recht. In Kroatien werden die schwangeren Frauen in Außenbezirke verbannt, aus denen nichts an die Öffentlichkeit dringen soll. Auch in Bosnien ist es für Frauen und Mädchen schwierig, Schwangerschaftsabbrüche vornehmen zu lassen. Bosnien verbietet zwar keine Abbrüche, besitzt jedoch nicht genügend medizinische Kapazitäten.

Nach dem militärischen Nutzenprinzip (Triage) "zuerst unsere wertvollen Soldaten", werden diese schnellstmöglich wieder zusammengeflickt, um sie erneut an die Front zu schicken.

Trotz aller wichtigen Informationen, Analysen und Erklärungen zu diesem Thema reicht es nicht, solche Nachrichten mit schreckensgeweiteten Augen aufzunehmen. Gewalt gegen Frauen und Mädchen findet einen verlängerten Arm dort, wo nichts gegen diese Gewalt unternommen wird.

Es gibt mittlerweile einige Hilfsorganisationen, die materielle Hilfe in den Kriegsgebieten leisten. Unter diesen Hilfsorga-

nisationen ist jedoch von der Unterstützung des nationalen Roten Kreuzes dringend abzuraten. Von anderen bekannten Hilfsorganisationen (bspw. Cap Anamur) besitzt keine einzige Erfahrung in Frauen- und Mädchenarbeit. Das heißt für die Betroffenen, daß auch dort wieder das Konzept der Triage funktionieren wird (zuerst die kampffähigen Soldaten, dann die kämpfen müssenden Söhne, danach die Soldaten gebären müssenden Frauen und erst zum Schluß Kleinkinder, Mädchen und alte Menschen). Hinzu kommt, daß es im ehemaligen Jugoslawien keine Tradition einer Frauenbewegung gibt, auch wenn mittlerweile sich langsam Frauengruppen bilden. Diese werden bspw. von Frauen aus Zagreb, auch von Lesben aus Belgrad unterstützt. Wichtig ist es, so Vera Salic, daß Frauen aus Westeuropa sehr behutsam vorgehen, um den kroatischen und bosnischen Mädchen und Frauen helfen zu können. **"Mit unseren Vorstellungen können wir nicht helfen"**, sagte sie deutlich, um einem sozialarbeiterischen Bevormundungs- und Betreuungsverhalten von Anfang an vorzubeugen. "Wir müssen Vertrauen in die Arbeit anderer haben", meinte sie weiter und verwies auf autonome Frauenprojekte, die sich gezielter und vor allem vor Ort um die Frauen und Mädchen kümmern können. Ein weiterer Vorschlag war, auch hier in Deutschland über autonome feministische Netzwerke Geldmittel zu besorgen, um diese an kroatische oder bosnische autonome Frauenprojekte weiterzuleiten. Sinnlos aber ist es, wie Vera Salic betonte, die mißhandelten Frauen und Mädchen nach Deutschland zu holen, sie hier erneut in Sammellager unterzubringen und sie von einander zu isolieren. Unter der Schockeinwirkung stehende Frauen können kaum über das Geschehen reden, und wenn sie hier damit beginnen würden, würden sie aufgrund von Sprachproblemen nicht verstanden.

Erweiternd träte in der Fremde hinzu, womit die Referentin ständig selbst in Konflikt steht: es sind die eigenen Landsmänner. Die Referentin, die sich gleichermaßen um die Not in allen Kriegsgebieten kümmert, dabei die offensichtlich geplanten Verbrechen an Frauen und Mädchen nicht ausklammert, gilt unter ihren eigenen Landsleuten als "gefährlich" und besitzt keinerlei Kontakte mehr zu ihnen.



"Die Männer lieben mich nicht und bemitleiden meinen Mann, mit so einer wie mir verheiratet zu sein", kommentiert sie ihren Vortrag.

Dem bleibt nichts hinzuzufügen außer der blanken Zurkenntnisnahme, daß sich (feministische, lesbische, linke) Frauen weltweit füreinander organisieren müssen, ohne die Schwächen und Vorhutschaften männerregierter Organisationen, autonom und in Netzwerken, und nicht nur, um auf die Straße zu gehen, zu protestieren, zu schreien und die Qualen der verletzten Frauenleiber lindern zu helfen, sondern auch, um den Kriegsagitatoren und Vergewaltigern den offenen Kampf anzusagen.

**Thea A. Struchtemeier**

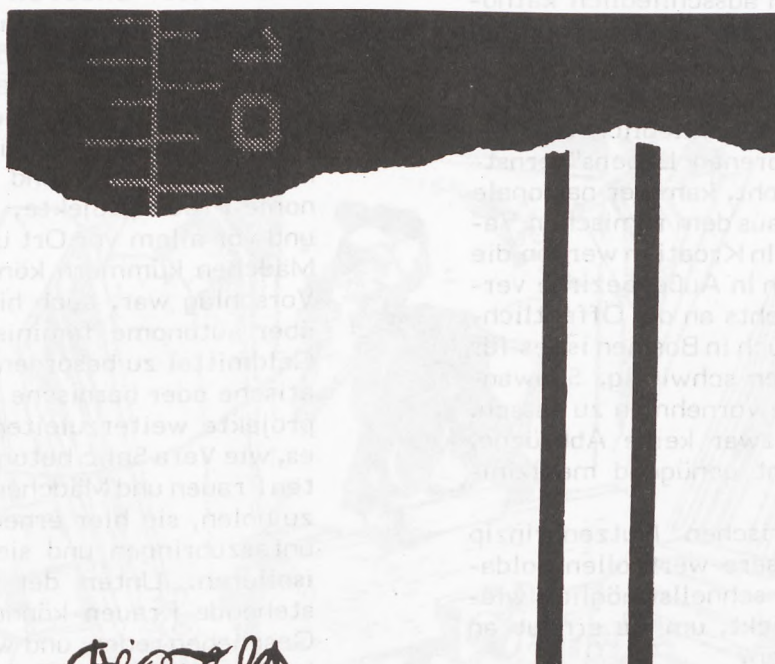
**Anmerkung:**

Der Originaltext "Erfreuliche Debatte":  
Moderator: Mit einer gemeinsamen Erklärung

gegen die Massenvergewaltigungen von Mädchen und Frauen in Bosnien-Herzegowina begann heute die Plenarsitzung im Düsseldorfer Landtag, von allen Fraktionen gleichermaßen unterstützt, diese Erklärung. Dieter Saake, ist die Debatte denn so einmütig und unumstritten weitergegangen, wie die Erklärung das ausdrückt?

Saake: Ja, so eine einmütige und unumstrittene Erklärung ist schon eine Seltenheit im Landtag. Aber es ist eigentlich eine sehr erfreuliche Debatte gewesen, um nicht zu sagen, so mit die erfreulichste in diesem Jahr, es war ja auch die letzte (...). (Dieter Saake aus dem Landesstudio Düsseldorf am 16.12.92 in "Zwischen Rhein und Weser", 15.37 h., über die gemeinsame Landtagserklärung gegen die Massenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen in Bosnien-Herzegowina)

Anzeige



*Ché Coolala*

**Ché Coolala**

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20:00 Uhr

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1  
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47



## 25. NOVEMBER: INTERNATIONALER AKTIONSTAG GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN

Dieser Tag begründet sich auf die sexistische und blutige Vergewaltigung und Ermordung von drei Frauen in der Dominikanischen Republik. Sie wurden 1960 unter der Diktatur von Trujillo von Militärs verschleppt, vergewaltigt und getötet, als sie politische Gefangene besuchen wollten. 1982 erklärten zuerst lateinamerikanische Frauen/Lesben diesen Tag zum internationalen Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen, dem sich weltweit Frauen/Lesben anschlossen.

Das Schwerpunktthema in diesem Jahr lautet: **Kampf der Kinderpornographie und der Kinderprostitution.** Organisationen wie die Frauenrechtsorganisation "Terre des Femmes" und "Terre des hommes" riefen mittlerweile dazu auf, dieses Thema am diesjährigen 25.11. stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken.

"Terre des hommes" läßt dabei leider außer acht, daß es sich bei den über 1 Million Kindern, die aus den Ländern der drei ausgebeuteten Kontinente in die Prostitution gezwungen werden, nicht um als geschlechtslos zu betrachtende Kinder handelt, sondern vor allem um Mädchen unter 16 Jahren! Auch bleibt der männliche Täterkreis ziemlich verschwommen, und es wird stattdessen auf die Länder, die Sex-tourismus betreiben, verwiesen.

**Kinderprostitution ist eine moderne Version des Sklavenhandels, und die Opfer sind vor dem Hintergrund der heterosexuellen Normen in den meisten Fällen Mädchen und Frauen.** Täter sind aber immer Männer, und sie stammen vorwiegend aus Westeuropa, den USA und Japan! Hauptfreier sind nach Auskünften der Reiseunternehmen die deutschen Männer.

Mittlerweile sind in den südost-asiatischen Ländern nahezu alle verarmten Mädchen und Frauen mit AIDS infiziert, deshalb wenden sie sich neuerdings anderen "Vergnügungsorten" zu. Nach Auskunft von Prostituiertenverbänden reist der deutsche Mann seit zwei Jahren lieber nach Kuba, "Hauptfeind Sozialismus" oder nicht.(...)

**Wer nein sagt zu Kinderprostitution und Kinderpornographie, muß auch nein sagen zur international ausgeübten Gewalt gegen Frauen!**

In der Ideologie unserer kapitalistischen Warengesellschaft Stichwort: Freie Marktwirtschaft - liegt es begründet, daß sowohl Jungen und Mädchen als auch Frauen als "Konsumgut" betrachtet werden. Wer nein zur Kinderprostitution und Kinderpornographie sagt, muß deshalb nein zu dieser kolonialistischen und imperialistischen Denkweise sagen, daß durch Dollars oder DM die Mädchen und Frauen in der Welt be-HERR-scht werden!

Nutznieser an Prostitution und Pornographie sind nicht nur die Manager mit den dicken Bankkonten. Unser System ist so angelegt, daß auch Otto Normalverbraucher etwas von dem "großen Glück" erkaufen kann. Westeuropäische, amerikanische und japanische Männer befriedigen mit



George Grosz: „John der Frauenmörder“. Öl auf Leinwand, 1918, Hamburger Kunsthalle



ihren Mädchen- und Frauenkäufen ihre Machtgelüste; mit dem Kauf von Frauen und Mädchen sind sie individuelle koloniale Eroberer, mit Geld nehmen sie Teil an dem Kolombusträum von "Eroberung" und "Verführung", der real besehen aus Überredung und Vergewaltigung besteht. Es ist interessant zu beobachten, daß Männer aus den reichen, kapitalistischen Ländern mit immer neuen Methoden versuchen, Mädchen und Frauen aus denjenigen Ländern zu kaufen, für die sie hierzulande nur rassistische Sprüche überhaben. Aber in den von der westlichen Welt ausgebeuteten Ländern bedingen feudale Gesetzgebung und hochgradige Armut, daß dort weiße Männer ihr schmutziges Kindergeschäft noch zahlreicher als in ihren eigenen Ländern ausüben können (wobei es hier auch sehr schlimm zugeht). Wo mittlerweile sich immer mehr Frauen ihre, wenn auch bürgerlichen, Rechte erstritten haben, greifen Männer auf Schwächere über, die sie kaufen und mißhandeln können, um sich an ihnen zu bedienen. Das Leid und die Trauer von Flüchtlingsfrauen, die nach Westeuropa gelangen, sieht ähnlich aus! Aber dies wurde hier nie zu einem öffentlichen Thema, weil auch im sogenannt fortschrittlichen Europa Frauenrechte sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Organisationen immer nur ein "Nebenschauplatz" geblieben sind. Zusätzlich flüchten zahlenmäßig viel weniger Mädchen und Frauen als Männer, weil der Fluchtgrund "Verfolgung aus Gründen des Geschlechts" bis heute nicht gerichtlich anerkannt ist. Mädchen und Frauen müssen sich an allen Orten widersetzen lernen gegen chauvinistische Männergewalt und Ausbeutung, gegen sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen. Aus- und inländische Frauen müssen sich gemeinsam wehren und können nicht solange warten, bis der "Nebenschauplatz" zum "Hauptausstragungsort" von Gewalt gegen Mädchen und Frauen wird.

#### **Mädchen, Frauen, Lesben!**

- \* **Organisiert Euch!**
- \* **Gemeinsam gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung!**
- \* **Lernt Selbstverteidigung - im Sprechen, im Schreiben und im Schlagen!**
- \* **Kämpft für eine HERRschaftsfreie Gesellschaft!**
- \* **Widersetzt Euch dem Sklavenhandel, zuhause und international!**

(Frauen von Bolsevik Partisan, FrauenUNrechtsfond Bochum, Terre des femmes - Städtegruppe Bochum)

## **Kurdistan-Rundbrief**

Das Bulletin der Kurdistan-Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage

die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- \* aus Kurdistan
- \* über die Solidaritätsbewegung
- \* von den Kurdenprozessen
- \* Dokumente
- \* u. v. a.

mindestens 8 Seiten

26 mal im Jahr

Jahresabonnement 52.- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt,  
andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1.- DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag  
Zülpicher Str. 7  
Postfach 260 226  
5000 Köln 1

Überweisungen an:

BfG Köln,  
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00  
oder an  
Postgiroamt Köln,  
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Hiermit abonniere ich ..... Exemplare des  
Kurdistan-Rundbrief

.....  
.....  
.....  
.....

Ausschneiden und schicken an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5 Köln



## WANDERSCHAFT NACH SÜDOST

von Thea A. Struchtemeier

Im Grunde besehen war sie - seitdem sie mit beginnenden 12 Jahren voller Zorn aus dem Haus rannte und sich auf der Straße herumtrieb - eine aktive Kämpferin gegen Unterdrückung und Gewalt und für die Rechte derer, die unterdrückt und mißhandelt werden. Dadurch, daß sie voller Zorn aus dem Haus rannte, hatte sie den entscheidenden Schritt getan, zuerst an sich selbst das Maß von Revolte und Aufbegehren zu vollziehen. Später bezog sie mehr und mehr andere ein, sich an diesen Kämpfen zu beteiligen, die nicht nur individuelle Revolten zum Ziel hatten, sondern darüber hinaus die gesamtgesellschaftliche Verbesserung der Lage ihresgleichen.

Es wanderte und wandelte sich das Private zum Politischen, und dieser erlebte Zusammenhang durchzog alle Bereiche ihres Lebens - ob am Arbeitsplatz oder am Herd, beim Schreiben oder im Bett.

Er kam nur kurz zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn.

Sie war noch ein Mädchen mit ihren beginnenden 12 Jahren, als sie voller Zorn einem Hause den Rücken kehrte, das nichts anderes für sie bereithielt als erhobene Zeigefinger und Fäuste, und seitdem sie geflohen war, war sie sich des Unterschiedes bewußt, was es hieß, auf dem Boden zu liegen oder zu stehen.

Er kam nur kurz zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn.

Zu gleicher Zeit kam ihr ebenso zu Bewußtsein, worin der Unterschied bestand, die Tür ins Schloß zu werfen oder gekrümmt in der Starre zu verharren. Sie hatte sich eines Tages dazu entschlossen, nicht mehr nur in der Krümmung die Freiheit bewußt werden zu lassen, sondern die Freiheit in das Leben zu entlassen. Deshalb floh sie und begab sich auf die Wanderschaft.

Das Wandern war steinig und gar nicht so, wie sie es immer gelesen hatte. Von den alten Griechen hatte sie mit auf den Weg genommen, daß sich Erkenntniserweiterungen irgendwie vom Himmel her begeben müßten. Ab und zu schaute sie deshalb auch nach oben, ob von dort aus etwas wie Buchstaben oder Noten auf sie herabfielen, aber der sie befruchtende Geist von oben blieb aus, und später wußte sie auch, daß es deshalb so kam, weil das alles nicht für sie geschrieben war, für ein Mädchen, das voller Zorn mit 12 Jahren aus dem Haus fortrannte. Weil weder von den Sternen noch vom Himmel, weder von der Sonne noch vom Mond etwas zu erwarten war, vertiefte sie sich immer mehr in sich selbst, und so gelangte ihr Blick, der sich auf Wanderschaft befand, auf die braune und unebene Erde. Dort entdeckte und erlebte sie, wie es um sie und alles, was sich noch bewegte, stand, und sie bemerkte, daß sie niemals ganz entfliehen konnte, denn vieles ähnelte dem, dem sie die Tür hinter sich ins Schloß geworfen hatte.

Und sie begann, sich an die Arbeit zu machen und den Müll fortzuschaukeln.



Er kam nur kurz zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn.

Eines Abends, als sie in den Straßen von Manila schlenderte, begegnete sie Tomboy. Tomboy schien ein lustiges Mädchen von gerade 11 Jahren zu sein und war Straßenkind wie sie. Ständig war sie am Klappern, aber das lag wohl an der Wolke von Gin, die sie mit sich herumzog. Später, als sie mit Tomboy noch andere Jugendliche traf, hörte sie, daß Tomboy von diesen auch zärtlich Neneng gerufen wurde. Mit Tomboy zog aber noch eine Horde grölender Amis mit durch die Straßen Manilas, die sich an dem Mädchenkörper festklammerten.

Er kam nur kurz zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn.

Von heute auf morgen verfärbte sich das Gesicht von Neneng. Auch fiel es ihr immer schwerer, breakdance zu tanzen. Sie erzählte, sie habe ein kleines Geheimnis, so wie es auch die anderen Mädchen schon längst hatten. Das Geheimnis hing irgendwie mit dem Geld zusammen, das sie plötzlich immer mehr besaß und von dem sie sich nun mehr Gin kaufen konnte als früher. Neneng erzählte, während sie mühsam am Straßenrand kauerte, daß sie nun einen Freund besitze, und dieser Freund sei ganz anders als die, die sie vorher kannte.

Er kam nur kurz zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn.

Sie erzählte, daß ihr neuer Freund nur an ihr herumfummelte und Gegenstände an einen Ort zwischen ihren Beinen steckte. Einmal war dies der Verschluß einer Shampooflasche, einmal eine Flasche für Kosmetik und einmal auch ein Lippenstift. Irgendwie schaffte sie es immer, die eingeführten Gegenstände wieder zu entfernen, und als sie den Lippenstift geborgen hatte, sah man sie kurz darauf mit knallroten Lippen auf den Straßen seilchenspringen. Obwohl die beiden auf irgendeine Weise miteinander verbunden waren, behandelte der Freund das Mädchen niemals wie seine Freundin. Wenn sie sich sahen, wechselte er nur wenige Worte mit ihr und verschwand direkten Weges in die nächstgelegene Pension.

Tomboy-Neneng veränderte sich, sie wurde schwächer, und sie wußte nur, daß sie betrunken gemacht worden war. Zu einer Ärztin wollte sie jedoch nicht gehen, obwohl sie schon nach Verwesung roch, aber sie befürchtete, stattdessen ins Gefängnis gebracht zu werden. "Das wird bald wegschmelzen", entgegnete sie auf besorgte Fragen und wankte mit eingebeugten Knien davon, und dann war ihr Freund ja auch wieder fort, und sie hatte bald einen neuen Freund, der nichts mehr außer sich selbst in sie hineinsteckte.

Er kam zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn, Schmerzen und Blut, das sich über ihre Oberschenkel ergoß.

Und sie schrie und schrie, und ihre Freundin rief zu dem Freund: "Laß es, laß es!", aber der Freund hörte nicht auf die Kinder und machte weiter und weiter.

Tomboy-Neneng war gerade 11 Jahre alt, als sie unter unerträglichen Qualen starb. Aus ihrem mageren Unterleib fischten die Ärzte den zerfaserten Ast eines Baumes. Er hatte schon längere Zeit dort



gelegen und verhielt sich bis zu der Zeit des neuen Freundes ruhig. Der aber stieß ihn mit sich selbst hintendran höher und höher gen Himmel hinauf bis in die obere Bauchhöhle, wo er bis zu ihrem Tode steckenblieb.

Und er war zu ihr gekommen, nur kurz, wie er sagte, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn, Schmerzen und Blut, das sich über ihre Oberschenkel ergoß.

Das war ein Teil der zu berichtenden Wanderschaft einer jungen Frau, die mit 12 Jahren durch Flucht aus dem Westen begann. Sie zog sie langsam immer älter werdend mit sich fort über die Inselketten der Philippinen bis nach Korea, von dort wieder zurück nach Thailand, sie zog sie vom Westen nach Osten und vom Osten nach Süden und zurück über den Norden wieder nach Westen. Und wohin sie auch blickte, ob in die Straßengraben oder hinter die Fabriktoore, ob unter die feinen Seidenkissen oder in die Augen gutmeinender Freunde, sie sah immer wieder den sich aufbäumenden mageren Unterleib von Tomboy-Neneng und die Gewalt der zweckentfremdeten Natur, sie sah in den jungen und alten Augen den eigenen Schrecken und den der Wiederkehr, der sie nie wieder losließ.

Und er kam nur kurz zu ihr, und sie lag unter ihm, und sie hatte nicht mehr davon als eine Handvoll feuchter Küsse auf ihrer Stirn und offene Arme, deren Geschenke nicht gefragt waren. Und sie bäumte sich auf und schrie tränenlos. Dann begann sie, den Schutt wegzuräumen.

(Der "Wanderschaft" liegen authentische Berichte von Frauen aus Südostasien zugrunde.)

(zuerst gedruckt in: *Terres des Femmes*, Rundbrief Nr. 3/4, 1992)

Die deutsche Nation hat zwei Weltkriege angezettelt, weil sie nach der Weltherrschaft strebte. Danach strebt sie immer noch. Diese Nation hat Millionen Menschen vernichtet. Sie würde es wieder tun.

Lesen Sie die satirische Zeitschrift

## Der Metzger

Erscheint seit 1968.

Herausgeber: Helmut Loeven.  
 Probelieferung drei Hefte für 6 DM  
 (Briefmarken oder Scheck) durch:  
 Buchhandlung Weltbühne,  
 Gneisenastr. 226, W-4100  
 Duisburg-Neudorf



# TATblatt

ALLE 14 TAGE ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT  
 Preis: S 15,-; 10-Nummern-Abo: S 140,-;  
 Bestellungen mittels Einzahlung auf P.S.K.-Konto 7547 212.  
 Gratis-Probexemplare einfach mit Postkarte bestellen:  
 TATblatt; Gumpendorferstraße 157. 11; 1060 Wien  
 Telefon: (0222) 56 80 78



## NICHT FÜR DIE SCHULE LERNEN WIR ...

Wir möchten heute in einem eng umrissenen Artikel vorstellen, wie staatliche Stellen ihr Vorrecht zur staatlichen Erziehung von Kindern und Jugendlichen nutzen, um die neue "Ethik" in die Köpfe und Herzen des Nachwuchses zu pflanzen.

Diese neue "Ethik" meint die unter dem Stichwort "Praktische Ethik" (so ein Buchtitel des Australiers Peter Singer) bekannt gewordene weltweit vorangetriebene Neue Euthanasie. Grundlage für die Durchdringung der Schulen mit den Ideen einer menschenverachtenden Lehre à la Singer und Konsorten sind Fortbildungslehrgänge für Lehrende und Unterrichtsmaterialien im Sinne dieser Bevölkerungsstrategen und "Kostendämpfer" im Gesundheitswesen (Pflegetotstand!).

Neudefinitionen von Glück und Leid, von Menschenwürde und Unantastbarkeit des Lebens werden nach Regieanweisung von Lehrmittelproduzenten einstudiert und in Rollenspielen Ausgrenzung, Diskriminierung und Vernichtung von Menschen zum Regelfall erklärt.

Bekannt geworden ist diese Praxis durch einen Antrag aus dem Jahre 1991 im Landtag von Baden-Württemberg, aus dem wir im folgenden zitieren:

"In zwei Bändchen der Reclam-Reihe 'Arbeitstexte für den Unterricht' wurden Aufgaben zur Patientenselektion (Bd. 'Glück und Moral', 1987, S. 172/3, Aufg. 5) und zur Euthanasie (Bd. 'Religionskritik', 1984, S. 153, Aufg. 11) vorge schlagen.

Das Werk 'Bausteine' schlägt unter anderem vor,

- Schüler zur 'Ethik-Kommission' zusammentreten zu lassen, die in einem 'Fall' entscheiden soll, ob ein mit Down-Syndrom geborenes Kind mit Recht am Leben geblieben ist (Teil 6/7.4, S. 3 ff.);
- Schüler zu einer 'Ethik-Kommission' zusammentreten zu lassen, die entscheiden soll, wer von vier Dialyse-Patienten eine Spenderniere am

meisten verdient hat (Teil 7/2.1);

- den Schülern zu vermitteln, es bestehe eine verfassungsmäßige Wahlfreiheit zwischen Menschenwürde und der Freiheit der Forschung (Teil 9/7.2, S. 3);
- die Schüler in einem 'Krieg der Generationen' ein Gesetz auf Eignung überprüfen zu lassen, nach dem alle Menschen über 40 Jahre entmündigt, enteignet und kaserniert werden, und damit die Schüler auf eine Diskussion speziell über 'verhindernde Eingriffsmöglichkeiten' vorzubereiten (Teil 6/7.1 und 7.2);
- den Schülern zu vermitteln, daß das Gute ein 'Hindernis hinsichtlich der Schaffenskraft' darstellt und eine 'Kreativitätsbegrenzung' bedeutet (Teil

3/2.3);

- einen Schüler 'Peter Singer' spielen und dessen Thesen zur Früh euthanasie vertreten zu lassen (Teil 6/7.5);
- den Schülern zu vermitteln, daß 'Geistesranke' nicht glücklich sind, da niemand mit ihnen tauschen wolle (Teil 9/2.3).

Das Oberschulamt Freiburg kündigte für 1991 eine Fortbildung zum Thema 'Ethische Argumentationsweisen (deontologisch, teleologisch, pragmatisch; Fallanalyse zu § 218 und zur Euthanasie)' an."

(Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 10/6122 vom 25.10.91)



Ethikunterricht als Ersatz- oder Ergänzungsfach zum Religionsunterricht ist uns für andere Bundesländer in dieser Form bisher nicht bekannt geworden. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Inhalte dieser neuen "Ethik" bereits bei der Ausbildung z.B. von Lehrer- und MedizinstudentInnen an vielen bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen Einzug gehalten haben. Allein in NRW ist dies für Duisburg, Köln, Bochum, Dortmund in der Vergangenheit bekannt geworden.

Eine "Kostprobe" von Prof. **Hans Lenk** (Karlsruhe) in der Zeitschrift "**Ethik und Unterricht**", 3/91 (zitiert ebenfalls aus dem Antrag):

"(...) eine 'nach-denkbliche' Philosophie könne man sich 'einfach nicht mehr leisten'. Mehr als die Minimalformel 'Leben eines lebenswilligen Wesens ist ein zu schützender Wert' und 'sehr allgemeine' Grundwerte könne man kaum garantieren."

Da nach bekanntgewordenen Plänen Dritte und Gremien ("Ethik-Kommissionen") die Entscheidung über Lebenswillen und Lebenswert treffen werden, ist die Richtung vorgegeben:

Unantastbarkeit und Menschenwürde bisheriger Überzeugung/Prägung - ade! Anzutreffen ist diese **Einübung in die kollektive Tötungsbereitschaft** wohl auch in anderen Bundesländern; möglicherweise in den Fächern Philosophie, Sozialkunde oder Politikunterricht u.a.

Gegen diese Ideologen der "Praktischen (!) Ethik" leisten seit einigen Jahren soziale Bewegungen und Gruppen konsequenten Widerstand und verweisen auf das **Lebensrecht jedes Menschen**, und zwar unabhängig von seiner konkreten Form/Gestalt/Ausprägung.

Die Einführung eines Faches (Bio-)Ethik an Gymnasien und Realschulen in Baden-Württemberg signalisiert den Willen des Staates, die verbreitete ablehnende Haltung gegenüber Eugenik und Euthanasie durch die Institution Schule zu unterwandern und sich die geistigen Eliten zur Durchsetzung der Dezimierung bestimmter Bevölkerungsgruppen heranzuziehen.

Um dem Ansturm der Kritiker den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde im Landtag beschlossen, den "mißdeutbaren Begriff 'Bioethik' und andere unklare Formulierungen aus dem Lehrplan für das Unterrichtsfach Ethik herauszunehmen und klarzustellen, daß es dabei um Fragen der Verantwortung im Zusammenhang mit Gentechnologie und bestimmten medizini-

schen Fragen geht." (Drucksache 10/6676) Damit sind natürlich weder die Materialien noch die Fortbildungsseminare für Lehrende vom Tisch, die an eine Ethik anknüpfen, die Menschen nur noch unter dem Aspekt der Verwertbarkeit betrachtet und in der es für Alte, Kranke, Behinderte, Außenseiter keinen Platz mehr gibt.

Und so bedauerte die zuständige Ministerin für Kultus und Sport des Landes Baden-Württemberg auch, daß der Ethikunterricht lediglich als Alternative und nicht als Angebot für alle an den Schulen unterrichtet werde.

\*\*\*

Und wer erwartet, daß von seiten der christlichen Kirchen sich Widerstand gegen die Liquidierung der Menschenrechte alter Prägung aufbaut, wird vergeblich warten. Dazu mehr in einem späteren Artikel.

Im Januar 1993

**Anti-Atom-Büro**  
**Am Oelpfad 25**  
**4600 Dortmund 30**

## Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage  
umweltfreundlicher Energiesysteme  
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

*z.B. Solaranlagen*

Für Warmwasser  
und Stomerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

Jonglieren  
Fahrräder  
Theater  
Artistik  
Kunst

**balance. Nichts sonst.**

Kortumstraße 5 · 4630 Bochum 1  
Tel.: 0234 - 120 51/52 · Fax: 0234 - 6 44 80



## NEONAZI-PROZESS IN STUTTGART

Seit dem 5. Februar 1991 sind 21 Neonazis vor dem Landgericht Stuttgart angeklagt, die seit 1983 verbotene Organisation ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten) in Form der "Bewegung" fortgeführt zu haben. Ziele der 1978 gegründeten ANS/NA waren u.a. die Forderung nach Aufhebung des NS-Verbotes, "Ausländerrückführung" und der Kampf für das Vierte Reich. Die ANS/NA entwickelte sich zur größten terroristischen Naziorganisation seit dem Ende des 2. Weltkrieges in Deutschland.

Nach dem Verbot der ANS/NA unterwanderten viele ehemalige ANS/NA-Mitglieder die FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands), um gemäß eines Organisationsbefehls der ANS/NA die politische Arbeit nach dem Verbotsfall weiterzuführen. Das geschah in Form des KAH (Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers), das sie extra für diesen Zweck als Untergliederung der FAP gründeten. Das KAH behielt die Organisationsstruktur der ANS/NA bei und sollte als legaler Arm der nationalistischen "Bewegung" fungieren. Sowohl die ANS/NA als auch das KAH hatten als wichtigen Inhalt das Bekenntnis zum 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920.

### Die Angeklagten

Wegen dieser offensichtlichen Weiterführung einer verbotenen Organisation ermittelt das Landgericht Stuttgart nach § 85 (Verstoß gegen Vereinigungsgesetz) gegen 21 Neonazis. Unter den 11 Hauptangeklagten, die wegen Rädelsführerschaft angeklagt sind, befinden sich u.a. Jürgen Mosler aus Duisburg (ANS/NA-Gauleiter in NRW, danach langjähriger Generalsekretär der FAP und mittlerweile im Vorstand der NO (Nationale Offensive), Christian Malcoci aus Jüchen (Aktivist der FAP, Organisationsleiter des KAH, HNG-Vorsitzender (Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene), Michael Swierczek aus München (er war Landesvorsitzender der FAP Bayern, Herausgeber der "FAP-Intern"-Zeitung und ist seit 1990 Bundesvorsitzender der NO), Bela Ewald Althans aus Hüglfing (FAP, Vorsitzender des Deutschen Jugendbildungswerks DJBW), Friedhelm Busse aus München (FAP-Bundesvorsitzender, Drahtzieher zahlreicher terroristischer Aktionen, Führer der 1983 verbotenen VSBD/PDA (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der

Arbeit) und Andreas Rossiar aus Pfullingen (Vorsitzender der HVD (Heimattreue Vereinigung Deutschlands), langjähriger Aktivist der FAP).

### Bedeutung des Prozesses für die Neonazis

Für die Neonazis hat der Prozeß eine wichtige Bedeutung. Für sie käme eine Verurteilung einer Kriminalisierung der gesamten Neonazi-Szene gleich. Schon vor dem ersten Prozeßtag wurde deshalb eine bundesweite Prozeßgruppe gebildet, um Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Dazu gehört die regelmäßige Herausgabe eines Prozeß-Infos, Solidaritätsfeste und "spektakuläre" Aktionen (z.B. die Blockade des deutschen Generalkonsulats in Antwerpen).

### Prozeßverlauf

Von Anfang an verlief der Prozeß nach dem Willen der Angeklagten und ihrer Verteidiger (unter ihnen, wie so oft, der Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Ham-



EWALD BELA ALTHANS,

Der Hamburger Rechtsanwalt  
JÜRGEN RIEGER, NF-Mitglied

burg (NF-Mitglied). Rieger ist mittlerweile vom Wahlverteidiger zum Pflichtverteidiger avanciert, was normalerweise nicht so einfach ist. Rieger muß, um als Pflichtverteidiger am Landgericht Stuttgart zugelassen zu werden, zumindest seinen Zweitwohnsitz in Stuttgart haben und einige andere Auflagen erfüllen, die aber



innerhalb der Prozeßdauer schwerlich alle zu erfüllen sind (zumindest auf dem "normalen" Weg). Auch die Verzögerungstaktik (der letzte Verhandlungstag war ursprünglich auf den 20.3.91 angesetzt !) der Faschos ist überaus erfolgreich. Selbst das Gericht und die Staatsanwaltschaft sprechen mittlerweile von einer "Verschleppungstaktik", sehen sich aber außerstande, diese zu beenden. Das Ziel dieser Verschleppungstaktik sieht die Staatsanwaltschaft darin, den Prozeß für mindestens zehn Tage zu unterbrechen, ist dies der Fall, müßte über eine Neuaufnahme des Verfahrens entschieden werden. Dazu kommt noch, daß die Faschos jede sich ihnen bietende Gelegenheit nützen, um an die Öffentlichkeit zu gelangen. In diesem Zusammenhang sehen sie auch den Prozeß: Eine geeignete Plattform für ihre Propaganda. Folgerichtig war ein Ziel, den Prozeß möglichst lange hinauszuzögern. Dies erreichten sie, indem sie zahlreiche Entlastungszeugen vorladen ließen und dutzende Beweis- und Befangenheitsanträge stellten. Unter den ZeugInnen waren international bekannte Faschisten, wie Gary Rex **Lauck** (USA, NSDAP/AO (Aufbau- und Auslandsorganisation), Ernst **Zündel**, (Kanada, Samisdat-Verlag, Herausgeber der "Auschwitz-Lüge") und Leon **Degrelle** (Belgien, ehemaliger Waffen-SS-Offizier der Legion Flandern). Beim Auftritt dieser Faschisten war der Gerichtssaal jedesmal überfüllt. Unter den BesucherInnen war auch die "Schwarze Witwe" Florence **Rost van Tonnin** aus den Niederlanden, eine zentrale Verbindungsfigur der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) zur niederländischen Neonazi-Szene. ZeugInnen sagten aus, daß es keinen Zusammenhang zwischen der ANS/NA und der FAP bzw. dem KAH gebe. Das war natürlich zu erwarten, trotzdem wurden die z.T. mit Einreiseverbot belegten Nazis extra wegen dieser Aussage eingeflogen (die Kosten übernahm selbstverständlich das Gericht). Die Neonazis nutzten diese außergewöhnliche Gelegenheit zum Infoaustausch und zu Gesprächen. Außerdem wurde die fast komplette Stasi-Abteilung Rechtsextremismus geladen. Die Vernehmung nahm mehrere Tage in Anspruch, die einzige Frage zur Sache war allerdings, ob sie (die Stasi-Leute) die ANS/NA kennen würden. Einige ZeugInnen der Staatsanwaltschaft, unter ihnen der leitende Staatsschutzbulle in Baden-Württemberg, Helmut Ran-



FLORENCE ROST VAN  
TONNINGEN aus Holland,

GARY REX LAUCK,  
Vorsitzender der NSDAI

nacher, sagten aus, daß es keine Verbindung zwischen der ANS/NA und der FAP/KAH gibt. Damit widerspricht er der Aussage im Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg, daß die FAP/KAH als Nachfolgeorganisation der ANS/NA anzusehen sei. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht verwunderlich, daß in Frankfurt ein Prozeß, bei dem es um die gleiche Sache ging, bereits am ersten Verhandlungstag, mangels Beweisen, eingestellt wurde, und der Staatsschutz in Stuttgart seine Verwunderung kundtat, warum der Prozeß hier deshalb überhaupt eröffnet bzw. fortgesetzt werde.

#### Verhalten des Gerichts und der Staatsanwaltschaft

Aufschlußreich ist auch das Verhalten des Gerichtes und der Staatsanwaltschaft. Beschwerten sich die Faschos am Anfang des Prozesses noch über die, in ihren Augen, ungerechte Behandlung, so kann jetzt davon keine Rede mehr sein. Die Atmosphäre im Gerichtssaal ist entspannt und freundlich. Die Staatsanwaltschaft, überwiegend mit jungen und unerfahrenen StaatsanwältInnen vertreten, fällt eigentlich nur noch durch Passivität auf. Bei ZeugInnenvernehmungen stellten sie, zumindest in letzter Zeit, keine einzige Frage. Auf die Anwesenheitspflicht der Angeklagten wurde mittlerweile verzichtet, bei Verhandlungstagen müssen nur noch Mosler, Malcoci und Swierczek erscheinen. Das hält natürlich die Angeklagten nicht vor weiterer "politischer" Tätigkeit zurück. So war Malcoci z.B. am 26.8.92, während des Pogroms von Rostock, als Chef der HNG zur Betreuung von festgenommenen RassistInnen vor Ort. Auch Althans war während des Pogroms anwesend. Es sind also keineswegs harmlose Spinner, sondern Drahtzieher im Baunen Netz.



### Gesinnungsjustiz

Der bisherige Verlauf des Prozesses zeigt einmal mehr, was für die deutsche Justiz wahre **Rechtsstaatlichkeit** bedeutet. Die Faschisten konnten den Prozeß weitestgehend nach ihren Vorstellungen gestalten, während AntifaschistInnen massiver staatlicher Repression ausgesetzt sind. So wurde Gerhard Bögelein zu lebenslanger Freiheitsstrafe, wegen eines angeblichen Mordes an einem Nazirichter vor 45 Jahren, verurteilt, gegen zahlreiche TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen die DVU-Veranstaltung in Passau diesen Jahres laufen Verfahren wegen Landfriedensbruch, und in München werden 2 Antifas, die angeklagt sind, stolzen Deutschen einige Fascho-Aufnäher von der Jacke gerissen zu haben, wochenlang, wegen Fluchtgefahr, in Untersuchungshaft gehalten. Auf der anderen Seite wird nach dem Pogrom von Rostock über die Verschärfung des Landfriedensbruchparagraphen diskutiert, da mit den herrschenden Gesetzen die Lage nicht in den Griff zu bekommen sei. Auch die Verurteilung von rassistischen Mördern und Brandstiftern, falls überhaupt Anklage erhoben wird, spricht eine deutliche Sprache. Es ist einfach klar, daß der Staat mit zweierlei Maßstäben mißt.

Auch in Stuttgart deutet alles darauf hin, daß von dieser Gesinnungsjustiz mit keiner Verurteilung der Faschos zu rechnen ist. Deshalb ist es umso wichtiger, die antifaschistische Selbsthilfe zu organisieren!!!!!!

In diesem Zusammenhang versucht das Antifa-Plenum Stuttgart, eine bundeswei-

te Antifa-Demo in Stuttgart zu organisieren.

#### Kontakt:

"AK-Bewegung" im ZFB der Uni Stuttgart, Keplerstr. 17, 7000 Stuttgart 1  
Tel.: 0711/121-3054,  
Fax: 0711/121-3567

Hier können die Prozeßinfos der Faschos (gegen 10,- DM) und die Infos der AntifaschistInnen angefordert werden.

#### PS:

Verhandlungstage sind mittlerweile bis Ende Dezember '92 angesetzt. Es wäre aber nicht verwunderlich, wenn der Prozeß noch länger dauert. Am 19.11.92 sagte Thomas "Steiner" Wulff (zweiter Chef



FRIEDHELM BUSSE (FAP)

THOMAS („STEINER“) WULF

der Nationalen Liste (NL) aus Hamburg) aus, der anfangs gar nicht als Zeuge vorgesehen war, aber nachträglich vom Gericht zu einem gemacht wurde. Natürlich wußte er nichts Bedeutendes zu berichten, ist aber trotzdem für den nächsten Verhandlungstag nochmals als Zeuge geladen.

### ANZEIGE

**AFRO  
LATIN  
MUSIC PUB**

**Café  
Cuba**

Westbahnhof 1 (S Bhf) Essen A430 E Hobeisenbr ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*



## BRIEF AUS LEIPZIG

Liebe Freundinnen und Freunde

Wie Ihr vielleicht schon aus der bürgerlichen Presse erfahren habt, ist in der Nacht vom 22. zum 23.12.92 ein Freund von uns erschossen worden.

Da über ihn und die Vorgänge in der betreffenden Nacht allerhand verschärfte Lügen verbreitet wurden, halten wir es für nötig, Euch ein paar richtigstellende Fakten mitzuteilen, auch um die Leipziger Hausbesetzerszene gegen die immer massiver werdende Kriminalisierungskampagne in der Presse, die uns ständig zu idiotischen Autoknackerbanden u.ä. zuordnet, zu verteidigen.

Die Sache ist die, daß hier in Connewitz mindestens zwei Häuser von Leuten (meist noch unter 18 Jahren) besetzt sind oder waren, die ihren Lebensinhalt darin gefunden haben, irgendwo Autos zu knacken und diese in der Nähe ihrer oder andere besetzter Häuser zu Schrott zu fahren und stehenzulassen.

Die Hetze der Öffentlichkeit gegen diese Leute hat natürlich keine Grenzen, und deren Dummheit wird reichlich dazu genutzt, alle HausbesetzerInnen zu Kriminellen zu machen.

Bis zu den Auseinandersetzungen mit den Bullen am 27./28.11.92 haben wir uns kaum um dieses Problem gekümmert, was wir im Nachhinein als großen Fehler ansehen.

Anfang Dezember wurde dann einem Teil der Autoknacker klargemacht, daß sie für die Gefährdung aller Projekte und Legalisierungsverhandlungen in Connewitz mitverantwortlich sind und sich deshalb entscheiden müssen, ob sie ihre sinnlosen Aktionen seinlassen oder sich aus dem Stadtteil verpissen. Sie entschieden sich zu bleiben und waren auch von da an "clean"...

Allerdings nicht alle, denn am 22.12.92 kam kurz nach Mitternacht einer, der das Autoknacken nicht hatte sein lassen, ins Cafe im "Zoro" und schlug dort Alarm, weil Zuhältertypen eines ihrer "verrufenen" Häuser angriffen. Kein Wort von geklauten Autos, kein Wort von scharfen Knarren.

Sechs Leute gingen sofort zum bedrohten Haus, weil sie der Meinung waren, daß es nicht angeht, daß Leute, auch wenn sie uns in letzter Zeit mächtig Ärger eingebrockt hatten, brutal zusammengeschlagen werden.

Aus sicherer Entfernung sahen sie vor dem Haus einen Pulk von 10-15 Leuten und entschlossen sich, diese zu vetreiben. Daraufhin stiegen zwei der Typen in ein Auto und rasten auf die sechs zu. Aus dem Auto wurde scharf geschossen und Thümi mehrfach getroffen, tödlich.

Die ganze Scheiße ist bloß passiert, weil Typen, die wir nur ungefähr als Zuhälter oder Automafiosi einordnen können, ihr Auto zurückholen, das jener "rückfällig" Gewordene geklaut hatte, und sich mit allen Mitteln an ihm rächen wollten.

Daß dabei einer von denen, die im Glauben, einen faschomäßigen Angriff von nicht klar einzuordnenden Typen abzuwehren, zu Hilfe eilten, sein Leben lassen mußte, kotzt uns grenzenlos an.

Trauer und Wut sind zu schwache Worte.

Wir können Leute, die für ihren Fun Leben aufs Spiel setzen, bei uns nicht länger dulden. Das machen wir ihnen jetzt und auch in Zukunft mit allen Mitteln deutlich.

Thümi, wir werden Dich nie vergessen.



# ANKÜNDIGUNGEN

I. Am Freitag, dem 29. Januar 1993, also am Vorabend des 60. Jahrestags der Machtübertragung an die Nazis, veranstaltet der Antifaschistische Bund (AFB) ein Konzert "Rock gegen Rassismus", an dem 8 Gruppen aus Marl, Herten, Herne und Recklinghausen teilnehmen.

Das Konzert findet statt im JUGENDZENTRUM HERTEN-NORD, Beethovenstr. 1, 4352 Herten.

Einlaß: 17.00 Uhr

Eintritt: 7,- DM

II. Am Samstag, dem 30. Januar 1993, findet aus Anlaß des 60. Jahrestags der Machtübertragung an die Nazis, eine NRW-landesweite Demonstration in DÜSSELDORF statt, zu der zahlreiche Organisationen aufrufen.

Die Demonstration beginnt mit einer Kundgebung um 11.00 Uhr am THYSSEN-HAUS (GUSTAV-GRÜNDGENS-PLATZ).

Aus dem Kreis Recklinghausen fährt ein Bus zur Demo. Abfahrt: 9.30 UHR, Busbahnhof Recklinghausen, Karten sind im Vorverkauf für DM 5,- im Buchladen "Attatroll" erhältlich.

## ANZEIGE

# Attatroll

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

partner der  
büchergilde gutenbergs



- Herner Str./Ecke Paulusstr. •
- 4350 Recklinghausen •
- Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00